



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1959

Samstag, den 5. Dezember 1959

Nr. 49

INHALT	Seite	Seite
<b>Der Hessische Ministerpräsident</b>		
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten . . . . .	1325	
Ausbildung und Prüfung der Anwärter des mittleren bautechnischen Dienstes (Inspektionsgruppe) von nichtstaatlichen und nichtkommunalen Körperschaften . . . . .	1326	
<b>Der Hessische Minister des Innern</b>		
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Sinn im Dillkreis	1326	
Strafmaßvorschlag bei Anträgen auf amtsrichterliche Strafverfügung nach § 413 StPO; hier: Ermittlung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Beschuldigten . . . . .	1326	
Öffentliche Zustellung in der Ausschließungssache des Goldschmiedemeisters Fritz Tschinke . . . . .	1326	
Stiftung „Akademie der Arbeit“ mit dem Sitz in Frankfurt/Main	1326	
Bestimmungen ausländischer Staaten über die Einreise und Rückkehr Reisender mit Fremdenpässen . . . . .	1327	
Schwerpunktprogramm für die Verkehrserziehung für den Monat Dezember 1959 . . . . .	1327	
Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Adorf und Rheinegge im Landkreis Waldeck . . . . .	1328	
Änderung der Benennung von Teilen der Gemeinden Gras-Ellenbach, Weiterstadt, Ernsthofen, Nieder-Beerbach, Wixhausen, Babenhausen, Groß-Umstadt, Hering, Klein-Umstadt, Langstadt, Groß-Gumpen, Halsterbach und Höchst im Regierungsbezirk Darmstadt . . . . .	1328	
DIN 1052 — Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung — hier: Verzeichnis der Firmen, welche die Voraussetzungen des § 16 d 1 DIN 1052 erfüllt haben . . . . .	1328	
Umorganisation der Landespolizei; hier: Verlegung der Landespolizei-Station Dörnigheim, Kreis Hanau . . . . .	1329	
Umorganisation der Landespolizei; hier: Verlegung der Landespolizei-Station Fritzlar . . . . .	1329	
<b>Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung</b>		
Schulbeiträge; hier: Pauschbeträge nach § 21 Abs. 3 des Schulkostengesetzes für das Rechnungsjahr 1959 . . . . .	1329	
Bewertungsergebnisse über die LXI. Hauptausschußsitzung am 1., 2. und 3. Oktober 1959 . . . . .	1329	
Nachträge, Ergänzungen und Änderungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 194. Bewertungssitzung . . . . .	1330	
<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr</b>		
Widmung der Neubaustrecke im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3099 und Abstufung der bisherigen Teilstrecke in der Ortsdurchfahrt Schlierbach, Kreis Bergstraße . . . . .	1332	
Aufstufung des Gemeindeweges zwischen Petersberg und der Landstraße II Ordnung Nr. 1 im Landkreis Fulda . . . . .	1332	
Widmung der neu gebauten Umgehungsstraße Hettersroth, Landkreis Geinhausen, Regierungsbezirk Wiesbaden, im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3195 und Abstufung der bisherigen Ortsdurchfahrt . . . . .	1332	
Aufstufung des Gemeindeweges Wettbesingen—Landesgrenze (Calenberg) im Landkreis Wolfhagen . . . . .	1332	
<b>Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen</b>		
Pflegegeld für Zivilblinde; hier: Blindheitsbegriff . . . . .	1333	
Durchführung des Körperbehindertengesetzes; hier: Eigentumsvorbehalt bei der Gewährung größerer orthopädischer und anderer Hilfsmittel . . . . .	1333	
Auslegung der Wählerverzeichnisse für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen . . . . .	1333	
<b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten</b>		
Flurbereinigung Gedern, Krs. Büdingen . . . . .	1334	
Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Bärstadt, Kreis Untertaunus . . . . .	1334	
<b>Personalmeldungen</b>		
C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern . . . . .	1335	
F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung . . . . .	1335	
I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten . . . . .	1336	
<b>Regierungspräsidenten</b>		
<b>DARMSTADT</b>		
Eintragung von Fischereirechten in das Wasserbuch . . . . .	1337	
Besetzung von freien Stellen bei der staatlichen Abteilung des Landratsamtes Offenbach a. M. . . . .	1337	
<b>Buchbesprechungen</b>		
<b>Öffentlicher Anzeiger</b>		

1156

### Der Hessische Ministerpräsident

#### Staatliche Anerkennung von Rettungstaten.

Die Hessische Rettungsmedaille habe ich verliehen an:  
Die Schülerin Bärbel Klatt in Ziegenhain.  
Wiesbaden, 15. 10. 1959

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 — 14c

Die Hessische Rettungsmedaille habe ich verliehen an:  
Herrn Alfred Winstel, Biblis Kreis Bergstraße; Herrn Edmund Zang, Lauterbach, Kreis Saarbrücken.  
Wiesbaden, 20. 11. 1959

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 — 14c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 17. April 1959 spreche ich dem Schüler Klaus Berger, Helmarshaus (Kreis Hofgeismar) Dank und Anerkennung aus.  
Wiesbaden, 15. 10. 1959

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 — 14c

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 17. Juli 1959 spreche ich Herrn Willi Jahar, Kassel-Waldau, Dank und Anerkennung aus.  
Wiesbaden, 21. 10. 1959

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 — 14c

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 31. März 1959 spreche ich dem

Schüler Peter Ingram, Steinheim (Main), Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 15. 10. 1959

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 — 14c

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 31. März 1959 spreche ich dem Schüler Alfred Kämmerer, Steinheim (Main), Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 15. 10. 1959

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 — 14c

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 17. Juli 1959 spreche ich Herrn Karl Kolbe, Kassel-Bettenhausen, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 21. 10. 1959

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 — 14c

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 17. Juli 1959 spreche ich Herrn Erich Schulze, Kassel-Bettenhausen, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 21. 10. 1959

Der Hessische Ministerpräsident — II/6 — 14c

St.Anz. 49/1959 S. 1325

**1157****Ausbildung und Prüfung der Anwärter des mittleren bautechnischen Dienstes (Inspektorgruppe) von nichtstaatlichen und nichtkommunalen Körperschaften**

Für die Ausbildung und Prüfung der Anwärter des mittleren bautechnischen Dienstes (Inspektorgruppe) von Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Gebietskörperschaften sind, sind bisher keine besonderen Bestimmungen ergangen. Mit Rücksicht auf die geringe Zahl der in Betracht kommenden Personen erscheint es auch nicht erforderlich, eine besondere Ausbildungs- und Prüfungsordnung zu erlassen.

Auf Grund des § 8 der Verordnung über die Beamtenlaufbahn im Lande Hessen vom 23. 3. 1949 (GVBl. S. 33) bestimme ich hiermit im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern, daß für die Ausbildung und Prüfung der Anwärter der obenbezeichneten Anstalten und Körperschaften die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren bautechnischen Dienstes (Inspektorgruppe) in

der Kommunalverwaltung vom 10. 2. 1958 (St.Anz. S. 231) und der Gemeinsame Runderlaß vom 30. 6. 1958 (St.Anz. S. 825) — mit Ausnahme der in Nr. 3, letzter Satz, festgesetzten Frist — sinngemäß anzuwenden sind.

Anstalten und Körperschaften, bei denen die in Nr. 1 des Gemeinsamen Runderlasses geforderten Voraussetzungen gegeben sind, kann die Befugnis zur Ausbildung von Anwärtern des bautechnischen Dienstes (Inspektorgruppe) erteilt werden. Der Ausbildungsplan (Anlage 1 zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung) kann unter Berücksichtigung der besonderen Aufgaben der Körperschaft mit meiner Genehmigung geändert werden. Soweit Anwärter nach dem Ausbildungsplan in Aufgaben auszubilden sind, die im kommunalen Bereich liegen (z. B. Bauaufsicht, Sonderbaubehörden), sind sie für die Zeitdauer des betreffenden Ausbildungsabschnittes zu einer kommunalen Ausbildungsbehörde abzuordnen.

Wiesbaden, 18. 11. 1959

**Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen**  
I/3 — LS 1762/04 A

St.Anz. 49/1959 S. 1326

**1158****Der Hessische Minister des Innern****Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Sinn im Dillkreis, Regierungsbezirk Wiesbaden**

Der Gemeinde Sinn im Dillkreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

**Wappenbeschreibung:** „In einem von Gold und Blau gevierten Schild ein silberner, schräglinks geleiteter Fluß zwischen zwei schwarzen, rot gefüllten Gießkellen im ersten und vierten Wappenfeld.“

Wiesbaden, 17. 11. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV b (2) — 3 k 06 — 16/59  
St.Anz. 49/1959 S. 1326

**1159**

An alle Polizeidienststellen des Landes

**Strafmaßvorschlag bei Anträgen auf amtsrichterliche Strafverfügung nach § 413 StPO;**

hier: Ermittlung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Beschuldigten

Nach § 27 c StGB sind bei der Bemessung einer Geldstrafe die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters zu berücksichtigen. Die Polizei muß sich daher auch hierüber ein Bild verschaffen, wenn sie bei der Antragstellung nach § 413 StPO eine bestimmte Geldstrafe vorschlägt. Da es sich bei den durch amtsrichterliche Strafverfügung zu erledigenden Fällen ausnahmslos um Übertretungen, in der Mehrzahl um Verkehrsübertretungen, handelt und deren Schwere bei dem geringen Strafrahmen für die Bemessung der Geldstrafe den Ausschlag gibt, sind die polizeilichen Feststellungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Beschuldigten auf das Notwendigste zu beschränken. In der Regel genügt es, wenn sich der Polizeibeamte nach seiner Unterrichtung über den Beruf des Betroffenen von diesem bestätigen läßt, daß er in geordneten Verhältnissen lebt. Fragen nach der Höhe des Einkommens, der Miete oder anderer Zahlungsverpflichtungen sowie nach der Zahl der Kinder sind bei der Art dieser Übertretungshandlungen und dem Ermessensspielraum für den Strafmaßvorschlag unangebracht. Eine derartige Preisgabe persönlicher Angelegenheiten wird durch die strafrechtliche Bedeutung dieser Delikte nicht gerechtfertigt. Das gilt vor allem für solche Verkehrsübertretungen, die gewöhnlich mit einer gebührenpflichtigen Verwarnung erledigt werden.

Nur bei begründetem Zweifel an der Zahlungsfähigkeit kann es erforderlich sein, durch Einzelfragen weitere Aufklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu erhalten.

Auf dem Vordruck St. P. 66 und gegebenenfalls Pol. 426 a genügt daher im allgemeinen in der Rubrik „Einkommen“ der Vermerk: „Verhältnisse geordnet“.

Bei polizeilichen Ermittlungen in anderen Verfahrensarten sind die Feststellungen zur Person des Beschuldigten wie bisher zu treffen, jedoch sind bei Übertretungen die Fragen zur Klärung der wirtschaftlichen Verhältnisse angemessen zu beschränken.

Mein nichtveröffentlichter Runderlaß vom 22. 7. 1949 — III/2 — Az. 26 b 02/15 Tgb. Nr. 2134/49 — ist damit insoweit gegenstandslos.

Diese Anordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Justiz.

Wiesbaden, 13. 11. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
III k (1) — 66 k 10.13  
St.Anz. 49/1959 S. 1326

**1160****Öffentliche Zustellung in der Ausschließungssache des Goldschmiedemeisters Fritz Tschinke****Öffentliche Zustellung**

An  
Herrn Fritz Tschinke,  
Goldschmiedemeister,  
geboren am 5. 9. 1907 in Breslau,

im Geltungsbereich des Grundgesetzes zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, Jahnstr. 38.

Sie werden hiermit benachrichtigt, daß der Bescheid des Leiters des Landesausgleichsamtes Wiesbaden vom 9. November 1959 über die Ausschließung von der Schadensfeststellung gemäß § 41 des Feststellungsgesetzes im Hessischen Ministerium des Innern in Wiesbaden, Luisenstr. 13, auf Zimmer Nr. 53 eingesehen werden kann.

Wiesbaden, 9. 11. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
XI/2b 4 36/3603 — Tsch 28  
St.Anz. 49/1959 S. 1326

**1161****Stiftung „Akademie der Arbeit“ mit dem Sitz in Frankfurt/Main**

Mit Beschluß vom 10. November 1959 hat die Landesregierung den Beschluß des Vorstandes der Stiftung „Akademie der Arbeit“ genehmigt, wonach dem § 1 Abs. 1 der am 21. 6. 1951 genehmigten Verfassung vom 24. 4. 23. 5. 1951 (St.Anz. S. 375) der Satz:

„Dieser Zweck umfaßt auch die Forschung“ angefügt wird.

Wiesbaden, 23. 11. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
II f — 2501 — 18/59 — W 2  
St.Anz. 49/1959 S. 1326

**1162**

**Bestimmungen ausländischer Staaten über die Einreise und Rückkehr Reisender mit Fremdenpässen**

Bezug: Erlaß vom 22. 11. 1957 (St. Anz. S. 1236)

Die nachfolgende Zusammenstellung enthält Bestimmungen weiterer ausländischer Staaten über die Einreise und die Rückkehr Reisender mit Fremdenpässen.

Die mit dem Bezugsverlaß bekanntgegebene Zusammenstellung wird wie folgt geändert:

1. Spalte 2 der Eintragungen bei „Norwegen“ erhält folgende Fassung:

„Wiedereinreisesehtvermerk erforderlich. Inhaber von

Reiseausweisen für Flüchtlinge können ohne Sichtvermerk nach Norwegen zurückkehren, solange der Reiseausweis für die Rückreise nach Norwegen gültig ist.“

2. Spalte 2 der Eintragungen bei „Irak“ erhält folgende Fassung:

„Ausländer und Staatenlose erhalten einen Laissez- Passer mit einer Gültigkeitsdauer von einem Jahr und für eine einmalige Ausreise. Für die Rückkehr ist ein neuer Laissez- Passer erforderlich, der von einer irakischen konsularischen Vertretung im Ausland ausgestellt werden muß.“

Wiesbaden, 23. 11. 1959 **Der Hessische Minister des Innern**  
III b — 23 c 02

St. Anz. 49/1959 S. 1327

Land	Unter welchen Bedingungen kann der Inhaber eines ausländischen Fremdenpasses in das Ausstellungsland (Spalte 1) zurückkehren?	Unter welchen Bedingungen kann der Inhaber eines in der Bundesrepublik Deutschland ausgestellten deutschen Fremdenpasses in das Land (Spalte 1) einreisen?	Unter welchen Bedingungen kann eine Person mit einem von einer ausländischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland ausgestellten Fremdenpaß nach Ausreise in das Gastland (Spalte 1) zurückkehren?
1	2	3	4
Ghana	Fremdenpässe werden nicht ausgestellt.	Unter den gleichen Bedingungen wie der Inhaber eines deutschen Nationalpasses (Sichtvermerk erforderlich).	wie Spalte 3
Irland	Wiedereinreise während der Gültigkeitsdauer des Fremdenpasses ohne Sichtvermerk gestattet.	Einreisesehtvermerk erforderlich.	wie Spalte 3
Kuba	Rückreisesehtvermerk ist nicht erforderlich.	Unter den gleichen Bedingungen wie der Inhaber eines deutschen Nationalpasses (Sichtvermerk erforderlich).	wie Spalte 3
Malaya	Fremdenpässe werden nicht ausgestellt. Personen ohne malaiische Staatsangehörigkeit, die ihren Wohnsitz im Gebiet des Malaiischen Bundes haben, erhalten bei Reisen in das Ausland eine „Aliens' Identity Card“. Wiedereinreisesehtvermerk ist erforderlich.	Einreisesehtvermerk erforderlich.	wie Spalte 3
Saudisch-Arabien	Rückreisesehtvermerk ist erforderlich.	Rückkehrberechtigung für das Bundesgebiet muß eingetragen sein.	Wiedereinreisesehtvermerk vor Antritt der Reise erforderlich,
Sudan	Fremdenpässe werden nicht ausgestellt.	Besondere Vorschriften bestehen nicht. Es muß aber davon ausgegangen werden, daß Einreisesehtvermerk erforderlich ist.	wie Spalte 3
Tunesien	Fremdenpässe werden nicht ausgestellt. Staatenlose und politische Flüchtlinge erhalten Passierscheine. Wiedereinreisesehtvermerk erforderlich.	Einreisesehtvermerk erforderlich.	Wiedereinreisesehtvermerk erforderlich.
Vietnam	Fremdenpässe werden nicht ausgestellt.	Einreisesehtvermerk erforderlich. Voraussetzung für die Erteilung: Rückkehrberechtigung für das Bundesgebiet.	Wiedereinreisesehtvermerk erforderlich.

**1163**

**Schwerpunktprogramm für die Verkehrserziehung für den Monat Dezember 1959**

Verkehrserziehung und Verkehrsüberwachung im Monat Dezember 1959 stehen unter dem Thema

„Appel an die Verkehrsgesinnung“.

Die Entwicklung der Motorisierung hat sich in den letzten Jahrzehnten mit einer solchen Schnelligkeit vollzogen, daß sich weite Kreise der Bevölkerung noch nicht in die

modernen Verkehrsverhältnisse hineingefunden haben und mit einer gewissen Hilflosigkeit oder auch Sorglosigkeit am Straßenverkehr teilnehmen.

Die Unfallursachenforschung hat ergeben, daß oft nicht unzureichende Kenntnisse der Verkehrsvorschriften oder Mängel am Fahrzeug oder an der Straße, sondern weitaus mehr charakterliche Fehler wie Rücksichtslosigkeit, Verantwortungslosigkeit und Leichtsinn aber auch Unaufmerksamkeit und Übermüdung zu folgenschweren Verkehrsunfällen geführt haben.

Diese Tatsache verpflichtet alle Verkehrsteilnehmer dazu, im Straßenverkehr ein Höchstmaß an Rücksicht und Höflichkeit zu zeigen.

#### Leitsätze

Man lasse sich von seinem Auto nicht zu einem schlechten Menschen machen, sondern bleibe auch am Steuer derselbe, der man sonst ist. Im Fahrzeug ist man zwar von den anderen isoliert. Trotzdem verliere man nicht das Zusammengehörigkeitsgefühl mit seinen Mitmenschen.

Es kommt nicht darauf an, Recht zu haben, sondern Unfälle zu verhüten. Ob Autofahrer, Radfahrer oder Fußgänger — alle machen Fehler und kommen dadurch manchmal in schwierige Situationen. Freut man sich da nicht, wenn der andere nicht auf sein Recht pocht und nicht auf die Fehler hinweist, sondern sogar noch freundlich Hilfe leistet?

Hinter dem Steuer des Autos oder am Lenker des Zweirades offenbart sich der Charakter. Es gibt Menschen, die glauben, ihre Komplexe hinter dem Steuerrad oder Lenker abregieren zu können, indem sie als Ritter vom durchgetretenen Gaspedal wenigstens auf der Straße schneller vorwärts kommen wollen als andere. Sie wollen immer überholen oder sich die Vorfahrt erzwingen und möchten durch Hupen, Lichtsignale und starken Motorenlärm zeigen, wer sie sind, und vergessen dabei, daß sie mit ihrer Rücksichtslosigkeit doch nur ihre Schwächen offenbaren.

Selbstbewußtsein und Reife zeigt nur der, der sich gesittet, höflich und taktvoll in den Verkehrsablauf einfügt.

Wiesbaden, 20. 11. 1959

Der Hessische Minister des Innern  
III k (3) — 66 k 28.11  
St.Anz. 49/1959 S. 1327

**1164**

#### Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Adorf und Rhenege im Landkreis Waldeck, Regierungsbezirk Kassel.

Die Hessische Landesregierung hat am 10. November 1959 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1959 folgende Flurstücke umgemeindet:

a) aus dem Gebiet der Gemeinde Adorf in das Gebiet der Gemeinde Rhenege:

Flur	Flurstück Nr.	Ar	qm
6	42/2		69
6	42/3	1	80
6	43/3	6	37
6	44/2		78

b) aus dem Gebiet der Gemeinde Rhenege in das Gebiet der Gemeinde Adorf:

Flur	Flurstück Nr.	Ar	qm
6	28/4	3	46
6	28/5	2	20
6	28/6		71
6	28/7		38
6	28/8		6
6	28/9	2	05
6	27/3		90

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 20. 11. 1959

Der Hessische Minister des Innern  
IV b (2) — 3 k 08 — 30/59  
St.Anz. 49/1959 S. 1328

**1165**

#### Änderung der Benennung von Teilen der Gemeinden Gras-Ellenbach, Weiterstadt, Ernhofen, Nieder-Beerbach, Wixhausen, Babenhausen, Groß-Umstadt, Hering, Klein-Umstadt, Langstadt, Groß-Gumpen, Haisterbach und Höchst im Regierungsbezirk Darmstadt.

Die Hessische Landesregierung hat am 10. November 1959 beschlossen:

„Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) werden mit Wirkung vom 1. November 1959

a) folgende Wohnplätze benannt:

Wohnplatz	Gemeinde
Sägewerk	in der Gemeinde Gras-Ellenbach (Landkreis Bergstraße)
Haus Krebs	in der Gemeinde Weiterstadt (Landkreis Darmstadt)
Jugendlager	in der Gemeinde Ernhofen (Landkreis Darmstadt)
Bahnwärterhaus Nr. 76	in der Stadt Babenhausen (Landkreis Dieburg)
Bahnwärterhaus Nr. 79	in der Stadt Babenhausen (Landkreis Dieburg)
Bahnhof Nr. 64 (Viehtrieb)	in der Gemeinde Langstadt (Landkreis Dieburg)

b) folgende Wohnplätze aufgehoben:

Wohnplatz	Gemeinde
Am Wingertsberg	in der Gemeinde Nieder-Beerbach (Landkreis Darmstadt)
Aumühle	in der Gemeinde Wixhausen (Landkreis Darmstadt)
Am Ziegelweg	in der Stadt Babenhausen (Landkreis Dieburg)
Siedlung	in der Stadt Babenhausen (Landkreis Dieburg)
Auf dem Hainrich	in der Stadt Groß-Umstadt (Landkreis Dieburg)
Mittelstmühle	in der Stadt Groß-Umstadt (Landkreis Dieburg)
Otzberg (Burg)	in der Gemeinde Hering (Landkreis Dieburg)
Bahnhof	in der Gemeinde Klein-Umstadt (Landkreis Dieburg)
Jagdhaus	in der Gemeinde Groß-Gumpen (Landkreis Erbach/Odw.)
Schillertempel (Wirtshaus)	in der Gemeinde Höchst (Landkreis Erbach/Odw.)

c) folgende Wohnplätze unbenannt:

Wohnplatz	Gemeinde
„Bahnwärterhaus“ in „Bahnhof am Hungerberg“	in der Stadt Groß-Umstadt (Landkreis Dieburg)
„Sägewerk Seibert“ in „Sägewerk“	in der Gemeinde Haisterbach (Landkreis Erbach/Odw.)

Wiesbaden, 20. 11. 1959

Der Hessische Minister des Innern  
IV b (2) — 3 k 08 — 6/59  
St.Anz. 49/1959 S. 1328

**1166**

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den  
Magistrat der Stadt Frankfurt/Main  
— Bauaufsichtsbehörde —  
Frankfurt/Main

**DIN 1052 — Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung —**  
hier: Verzeichnis der Firmen, welche die Voraussetzungen des § 16 d 1 DIN 1052 erfüllt haben.

Bezug: Meine Erlasse:

1. vom 1. 6. 1958 — Vb — 64 a28/21 — 1/58 (St.Anz. S. 827)
2. vom 27. 1. 1956 — Va/2 — 64a 28/21 — 1/56 (St.Anz. S. 142)
3. vom 18. 6. 1956 — Va/2 — 64a 28/21 — 1/56 (St.Anz. S. 728)

Auf Grund der Gutachten und Prüfungsberichte der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen (Otto-Graf-Institut) an der Technischen Hochschule Stuttgart, Abteilung für Holz, Glas und Kunststoffe, wonach die Voraussetzungen des § 16 d 1 der DIN 1052 für das Leimen tragender Holzbauteile als erfüllt angesehen werden können, verlängere ich die Anerkennung für nachstehend genannte Firmen:

Abschnitt B:	gültig bis:
Gottfried Anspach, Wiesbaden-Kostheim	31. 12. 1961
Philipp Schröder, Burgholzhausen v. d. H.	31. 5. 1962

Demnächst werde ich ein neues Verzeichnis herausgeben, das an Stelle des Verzeichnisses vom 1.6.1958 treten soll. Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten

Wiesbaden, 9. 11. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
Vb/1 — 64 a 28/21 — 1/59  
St.Anz. 49/1959 S. 1328

**1167**

**Umorganisation der Landespolizei**

hier: Verlegung der Landespolizei-Station Dörnigheim (Kreis Hanau)

Die Landespolizei-Station Dörnigheim, Kreis Hanau, ist nach Fertigstellung des Dienstgebäudes in Hanau am 31. Oktober 1959 verlegt worden. Sie führt ab sofort die Bezeichnung

„Landespolizei-Station Hanau“.

Für die Bediensteten der Landespolizei-Station gilt die Verlegung der Dienststelle als Versetzung im Sinne des Besoldungs-, Reisekosten- und Umzugskostenrechts.

Zum gleichen Zeitpunkt ist eine Außenstelle der Landespolizei-Station Hanau in Dörnigheim errichtet worden. Sie führt die Bezeichnung

„Landespolizei-Station Hanau  
— Außenstelle Dörnigheim —“.

Nachstehend gebe ich Anschrift und Fernsprechanschluß der Landespolizei-Station und ihrer Außenstelle bekannt:

**1. Landespolizei-Station Hanau**

H a n a u  
Bruchköbeler-Landstraße 95  
Fernsprechanschluß: Hanau 2 41 53 und 2 41 54

**2. Landespolizei-Station Hanau  
— Außenstelle Dörnigheim —**

D ö r n i g h e i m (Kreis Hanau)  
Lindenstraße 9  
Fernsprechanschluß: Hanau 2 00 21.

Ich bitte, das mit Erlaß vom 25. März 1959 (St. Anz. S. 428) bekanntgegebene Verzeichnis der Anschriften und Fernsprechanschlüsse der Landespolizei-Stationen entsprechend zu berichtigen.

Wiesbaden, 17. 11. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
III a (1) — Az.: 21 b 02-03  
St.Anz. 49/1959 S. 1329

**1168**

**Umorganisation der Landespolizei;**

hier: Verlegung der Landespolizei-Station Fritzlar

Die Landespolizei-Station Fritzlar hat am 30. September 1959 neue Diensträume bezogen. Sie ist nunmehr wie folgt zu erreichen:

**Landespolizei-Station Fritzlar**

Fritzlar  
Schladenweg 31  
Fernsprechanschluß: Fritzlar 211 und 313

Ich bitte, das mit Erlaß vom 25. März 1959 (St. Anz. S. 428) bekanntgegebene Verzeichnis der Anschriften und Fernsprechanschlüsse der Landespolizei-Stationen entsprechend zu berichtigen.

Wiesbaden, 17. 11. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
III a (1) — Az.: 21 b 02-03  
St.Anz. 49/1959 S. 1329

**1169**

**Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung**

**Schulbeiträge**

hier: Pauschbeiträge nach § 21 Abs. 3 des Schulkostengesetzes für das Rechnungsjahr 1959

Bezug: Verwaltungsanordnungen vom 9.3.1956 (St.Anz. S. 285) und vom 17. 4. 1958 (St.Anz. S. 508)

Mit Anordnung vom 17. 4. 1958 hatte ich die Geltungsdauer der durch Verwaltungsanordnung vom 9.3.1956 gemäß § 21 Abs. 3 des Schulkostengesetzes festgesetzten pauschalen Schulbeiträge nur bis zum 31.3.1959 verlängert, weil noch nicht zu übersehen war, wann sich die damals schon angestrebte Neufassung der Schulgesetze auch hierauf auswirken werde. Inzwischen hat sich ergeben, daß die vorgesehene gesetzliche Neuregelung auch auf das laufende Rechnungsjahr 1959 noch ohne Einfluß sein wird.

Auf Grund des § 35 des Schulkostengesetzes vom 10.7.1953 (GVBl. S. 126) in der Fassung des Ersten Änderungsgesetzes vom 15.7.1958 (GVBl. S. 76) ordne ich deshalb im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen an:

Die durch Verwaltungsanordnung vom 9.3.1956 festgesetzten pauschalen Schulbeiträge für Volksschulen, Mittelschulen, Berufsschulen, Gymnasien und Berufsfachschulen gelten auch für das Rechnungsjahr 1959.

Wiesbaden, 6. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung**  
VI/1—814/22—III/32—393/0—59  
St.Anz. 49/1959 S. 1329

**1170**

**Bewertungsergebnisse über die LXI. Hauptausschußsitzung am 1., 2. und 3. Oktober 1959**

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi- kat	Gültig- keit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf- Nr. d. FSK**
<b>Spielfilme</b>										
Im Kittchen ist kein Zimmer frei — SF — (ARCHIMEDE, LE CLOCHARD)	5650	2289	Intermondia Films / Filmsonor, Paris / Pretoria Film, Rom	Frankreich/ Italien	Bavaria Filmverleih GmbH, München	S	BW	—	23. 6. 1959	19872
Sturm im Osten — SF — (LA TEMPESTA) — Techni-rama-Farbfilm —	5712	3308	Dino De Laurentiis Cinematografica, Rom / Gray Films, Paris / Bosna-Film, Sarajewo	Italien/ Frankreich/ Jugoslawien	Paramount Films of Germany, Inc., Frankfurt/Main	S	W	—	14. 7. 1959	19499
<b>Kurzfilme</b>										
MOTYLI TADY NEZYI — OF — Farbfilm —	5513	404	Studio für populärwissenschaftliche Filme, Prag	Tschecho- slowakei	noch offen	K	BW	31. 12. 1964	8. 5. 1959	19772

Als Tag der Bewertung gilt der 1. Oktober 1959

Wiesbaden-Biebrich, 5. 10. 1959

St.Anz. 49/1959 S. 1329

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

**1171** Nachträge, Ergänzungen und Änderungen im Anschluß an die Bewertungsergebnisse der 194. Bewertungssitzung

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi- kat	Gültig- keit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf- Nr. d. FGK**
<b>Nachtrag</b> zur LVIII. Hauptausschußsitzung am 18., 19. und 20. Juni 1959										
Bewegung — Sprache des Körpers	5199	373	Th. N. Blomberg-Kulturfilmproduktion, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1964	3. 2. 1959	19507
zur 192. Bewertungssitzung am 16., 17. und 18. September 1959										
Es geht um deine Haut...	5611	285	Skalden-Film-Produktion, Hamburg	Deutschland	Deutsche Film Hansa GmbH. & Co., Hamburg	K	W	31. 12. 1964	12. 6. 1959	20147
<b>Ergänzung</b> zur 163. Bewertungssitzung am 18., 19. und 20. August 1958 — Verleiher —										
Seidenspinner, Der — SF — (LA FALLA DELLA SETA) — Farbfilm —	4542	288	Fernando Amati, Rom	Italien	Stella-Film GmbH. & Co., Filmverleih KG., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	23. 5. 1958	17118
Wundersame Wiederkehr — Farbfilm —	4522	285	Wolfgang Gorter Film, Bad Tölz	Deutschland	Globus-Film, München	K	W	31. 12. 1963	13. 5. 1958	17669
(veröffentlicht als Nachtrag zu den Bewertungsergebnissen der 171. Bewertungssitzung)										
zur 171. Bewertungssitzung am 29., 30. und 31. Oktober; 1., 3., 4. und 5. November 1958 — Verleiher —										
Termiten — SF — (LA VIE DES TERMITES) — Farbfilm —	4787	313	Les Films de la Pleiade, Paris	Frankreich	Stella-Film GmbH. & Co., Filmverleih KG., Frankfurt/Main	D	W	31. 12. 1963	25. 8. 1958	18176
zur 179. Bewertungssitzung am 23., 24. und 25. Februar 1959 — Verleiher —										
Kunst des Grabstichels, Die — SF — (ARTEDEL CESELLO)	2944-a	315	SO.CI.TO., Rom	Italien	Prisma Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	19. 1. 1959	12860
zur LV. Hauptausschußsitzung am 26., 27. und 28. Februar 1959 — Verleiher —										
Armer kleiner Zirkus	4816	379	Lehrfilm-Institut Richard Scheinflug, Hamburg	Deutschland	Constantin-Filmverleih GmbH., München	K	BW	31. 12. 1964	2. 9. 1958	18721
zur 181. Bewertungssitzung am 16., 17. und 18. März 1959 — Verleiher —										
Denkmäler des Glaubens — SF — (CALVAIRES D'ARMOR)	4941	287	P.-H. Fournier, Paris	Frankreich	Reportfilm GmbH., München/Kristall-Film Verleih und Vertrieb, Düsseldorf	K	W	31. 12. 1964	23. 2. 1959	19293
Spiel mit Elektronen	4890	299	H. Milde-Meissner, Berlin	Deutschland	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	27. 2. 1959	19243
zur 182. Bewertungssitzung am 7., 8., 9. und 10. April 1959 — Verleiher —										
Ballone — Farbfilm —	4635-a	255	IMAGO, Film- u. Fernsehproduktion Dr. Martin Ulner, München	Deutschland	Universal Filmverleih, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	6. 3. 1959	17927
nichts als ein Obdach	5253	313	IMAGO, Film- u. Fernsehproduktion Dr. Martin Ulner, München	Deutschland	Prisma Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	24. 2. 1959	19438
zur 183. Bewertungssitzung am 20., 21. und 22. April 1959 — Verleiher —										
Happy End — OF — (HAPPY END) — Zeichentrick-Farbfilm — ohne Kommentar —	5367	264	Zagreb-Film, Zagreb	Jugoslawien	Metro-Goldwyn-Mayer Filmverleih GmbH., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	2. 4. 1959	19426
zur 184. Bewertungssitzung am 4., 5. und 6. Mai 1959 — Verleiher —										
„Hänschen klein“ — Zeichentrick-Farbfilm —	5395	251	Kurt Stordel Filmproduktion, Hamburg	Deutschland	Centfox-Film, Inc., Frankfurt/M.	K	W	31. 12. 1964	9. 3. 1959	19228
Wenn morgenfrüh wieder — SF — (MORGENOCHTEND OPNIEUW) — Farbfilm —	5334	259	Profliti Filmfabriek N. V., Den Haag	Niederlande	J. Arthur Rank Film GmbH., Hamburg	K	W	31. 12. 1964	23. 3. 1959	19424
zur 186. Bewertungssitzung am 1., 2. und 3. Juni 1959 — Verleiher —										
Antlitz und Gebärde	5484	304	Filmproduktion Hans Kühle, Berlin/Hagen	Deutschland	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	29. 4. 1959	19710

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
<b>Ergänzung</b> zur 187. Bewertungssitzung am 8., 9. und 10. Juni 1959 — Verleiher —										
Tropfen und Blasen — SF — (KAPKY A BUBLINY) — Farbfilm —	5014	347	Tschechoslowakischer Staatsfilm, Prag	Tschechoslowakei	Constantin-Filmverleih GmbH., München	K	BW	31. 12. 1964	10. 11. 1958	18034
zur LVIII. Hauptausschußsitzung am 18., 19. und 20. Juni 1959 — Verleiher —										
ganze Stadt ist mein Revier, Die	4987-a	319	Hamrun-Film Karl Hamrun, Hamburg	Deutschland	Constantin-Filmverleih GmbH., München	K	BW	31. 12. 1964	20. 4. 1959	18499
zur 189. Bewertungssitzung am 9., 10. und 11. Juli 1959 — Verleiher —										
Unter stählernen Walzen geformt	5007	317	Merkur-Film, Berlin	Deutschland	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	21. 2. 1959	19099
zur 189.a Bewertungssitzung am 27., 28. und 29. Juli 1959 — Verleiher —										
Geheimnisvolles Kaokoveld — Farbfilm —	5577	301	duo-Film GmbH, Darmstadt	Deutschland	Paramount Films of Germany, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	5. 6. 1959	20187
Reise des Notars, Die	5122	339	Waldeck-Filmproduktion Karl Mohri, Dorweiler/Hunsrück	Deutschland	Columbia-Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1964	23. 12. 1958	20154
<b>Nachtrag</b> zur LX. Hauptausschußsitzung am 27. und 28. August 1959 — Verleiher —										
Weg zu den Sternen, Der	5178	381	IFA-Filmproduktion GmbH, Frankfurt/Main	Deutschland	Columbia-Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	D	BW	31. 12. 1964	27. 1. 1959	20078
<b>Ergänzung</b> zur 191.a Bewertungssitzung am 3., 4. und 5. September 1959 — Verleiher —										
Es geht nur miteinander	5841	300	IFT Industri-Film OHG., Hoenicka & Co., München	Deutschland	Union Film Verleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1964	28. 8. 1959	20230
zur 192. Bewertungssitzung am 16., 17. und 18. September 1959 — Verleiher —										
Knigge im Walde	5679	252	Hansjürgen Pohl-land Filmproduktion, Berlin	Deutschland	Gloria-Filmverleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1964	3. 7. 1959	20394
<b>Anderung</b> zur 10. Bewertungssitzung am 12. und 13. November 1951 — neuer Verleiher —										
In kupfernen Pfannen gebraut	210	436	K.S.-Film, Berlin	Deutschland	Lehmacher-Film GmbH., Düsseldorf	K	W	—	—	3622-c
Räder der Ewigkeit	202	400	K.S.-Film, Berlin	Deutschland	Lehmacher-Film GmbH., Düsseldorf	K	W	—	—	3623-b
zur 56. Bewertungssitzung am 23., 24., 25. und 26. Juni 1954 — neuer Verleiher —										
Gitarren und Mandolinen	1445	269	GKS-Film Karl Schedereit, Backnang/Württ.	Deutschland	Hermes-Filmverleih GmbH., München	K	W	—	—	8053-a
zur 70. Bewertungssitzung am 2., 3. und 4. März 1955 — neue Verleiher —										
Kotoku (Der heilige Reiher) (KOTOKU) — SF —	1806	343	The New Zealand National Film Unit, Wellington/New Zealand	Neuseeland	J. Arthur Rank Film, Hamburg/Goldeck Film Verleih, Frankfurt/Main	K	W	—	—	9081-a
zur 182. Bewertungssitzung am 7., 8., 9. und 10. April 1959 — neue Länge —										
Mörder sind unter uns, Die	5116	2300	DEFA Deutsche Film AG., Berlin	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands	Donau-Film-Gesellschaft Verleih und Vertrieb, München	S	BW	—	19. 3. 1959	20097
zur 190. Bewertungssitzung am 24., 25. und 26. August 1959 — neue Länge —										
Tod eines Radfahrers, Der — SF — (LA MUERTE DE UN CICLISTA)	5690	2342	Guión Producciones Cinematograficas, Madrid/Tri-onfalcine, Rom	Spanien/Italien	neue filmform heiner braun, München	S	W	—	6. 7. 1959	20339

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

\* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 16. Juni 1957).

\*\* Unter den hier aufgezeigten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

**1172****Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr****Widmung der Neubaustrecke im Zuge der Landstraße I, Ordnung Nr. 3099 und Abstufung der bisherigen Teilstrecke in der Ortsdurchfahrt Schlierbach, Kreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt**

1. Die neugebaute Strecke im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3099 in der Ortschaft Schlierbach, Kreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt ist mit Wirkung vom 1. 10. 1959 als Bestandteil der Landstraße I. Ordnung Nr. 3099 in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung einzutragen (§§ 2 und 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1934 — RGBl. I S. 1237 —). Sie erhält damit die Eigenschaft einer Landstraße I. Ordnung. Die gewidmete Strecke beginnt bei km 3,781 (alt = neu) und endet bei km 3,983 neu ( km 4,072 alt) = 202 m (Minderlänge 89 m).

2. Die bisherige Teilstrecke in der Ortsdurchfahrt Schlierbach von km 3,781 alt bis km 4,072 alt = 291 m ist vor Ablauf des 31. 3. 1960 im Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung zu löschen.

Sie verliert damit die Eigenschaft einer Landstraße I. Ordnung und wird mit Wirkung vom 1. 4. 1960 der Gemeinde Schlierbach überlassen.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 16. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
V d 5 — Az.: 63 a 30

*St. Anz. 49/1959 S. 1332*

**1173****Aufstufung des Gemeindeweges zwischen Petersberg und der Landstraße II. Ordnung Nr. 1 im Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel**

Die Verlängerung der Landstraße II. Ordnung Nr. 5 im Ortsteil Petersberg, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, bis zur Einmündung in die Landstraße II. Ordnung Nr. 1 ist mit Wirkung vom 1. 4. 1960 als Bestandteil der Landstraße II. Ordnung Nr. 5 in das Verzeichnis der Landstraßen II. Ordnung einzutragen und erhält damit die Eigenschaft einer Landstraße II. Ordnung (§§ 2 und 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1934 — RGBl. I S. 1237).

Sie beginnt bei km 0,600 der Landstraße II. Ordnung Nr. 5 und endet bei km 2,176 (= km 3,877 der Landstraße II. Ordnung Nr. 1) = 1576 m.

Die Baulast für diese Strecke geht mit dem 1. 4. 1961 auf den Landkreis Fulda über.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 16. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
V d 5 — Az.: 63 a 30

*St. Anz. 49/1959 S. 1332*

**1174****Widmung der neu gebauten Umgehungsstraße Hettersroth, Landkreis Gelnhausen, Regierungsbezirk Wiesbaden, im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3195 und Abstufung der bisherigen Ortsdurchfahrt**

1. Die neu gebaute Umgehungsstraße Hettersroth, Landkreis Gelnhausen, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist mit Wirkung vom 1. 11. 1959 als Bestandteil der Landstraße I. Ordnung Nr. 3195 in das Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung einzutragen. Sie erhält damit die Eigenschaft einer Landstraße I. Ordnung (§§ 2 und 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1934 — RGBl. I S. 1237). Die gewidmete Strecke beginnt bei km 3,138 (neu = alt) und endet bei km 3,528 neu ( km 3,651 alt) = 390 m (Minderlänge 123 m).

2. Die bisherige Teilstrecke der Landstraße I. Ordnung Nr. 3195 von km 3,138 alt bis km 3,651 alt = 513 m ist vor Ablauf des 31. 3. 1960 im Verzeichnis der Landstraßen I. Ordnung Nr. 3195 zu löschen. Sie verliert damit die Eigenschaft einer Landstraße I. Ordnung und ist mit Wirkung vom 1. 4. 1960 der Gemeinde Hettersroth zu überlassen.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 16. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
V d 5 — Az.: 63 a 30

*St. Anz. 49/1959 S. 1332*

**1175****Aufstufung des Gemeindeweges Wettelingen — Landesgrenze (Calenberg) im Landkreis Wolfhagen, Regierungsbezirk Kassel**

Der Gemeindeweg Wettelingen — Landesgrenze im Landkreis Wolfhagen, Regierungsbezirk Kassel von km 0,000 ( km 12,070 der LIIO Nr. 2) bis km 1,476 (Landesgrenze) 1476 m ist mit Wirkung vom 1. 4. 1960 als Bestandteil der Landstraße II. Ordnung Nr. 3 in das Verzeichnis der Landstraßen II. Ordnung einzutragen (§§ 2 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. 12. 1934 — RGBl. I S. 1237).

Diese Strecke erhält damit die Eigenschaft einer Landstraße II. Ordnung. Sie geht mit dem 1. 4. 1961 in die Baulast des Landkreises Wolfhagen über.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung Einspruch beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr eingelegt werden. Der Einspruch muß einen bestimmten Antrag enthalten. Die Beschwerdepunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 17. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
V d 5 — Az.: 63 a 30

*St. Anz. 49/1959 S. 1332*

1176

## Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

**Pflegegeld für Zivilblinde;**

hier: Blindheitsbegriff

Bezug: Erlaß vom 14. 4. 1954 — St. Anz. S. 438

Unter Nr. I des Erlasses vom 14. 4. 1954 wurde wegen der Definition des Blindheitsbegriffs auf die „Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im Versorgungswesen“ verwiesen. Diese „Anhaltspunkte“ wurden inzwischen geändert; in Nr. 25 heißt es u. a. nunmehr:

„Blind sind solche Beschädigte, die entweder das Augenlicht vollständig verloren haben oder deren Sehschärfe so gering ist, daß sie sich in einer ihnen nicht vertrauten Umgebung allein ohne fremde Hilfe nicht zurechtfinden können. Dies wird im allgemeinen der Fall sein, wenn bei freiem Blickfeld auf dem besseren Auge nur eine Sehschärfe von etwa  $\frac{1}{50}$  besteht.

Nicht zu den Blinden zählt der hochgradig in seiner Sehfähigkeit Beeinträchtigte, der sich zwar in einer ihm nicht vertrauten Umgebung trotz seines Sehleidens ohne Führung und ohne besondere Hilfe noch ausreichend bewegen kann, dessen Sehschärfe aber wirtschaftlich nicht verwertbar ist (im allgemeinen Sehschärfe auf dem besseren Auge weniger als  $\frac{1}{50}$ ). Diese Personengruppe wurde früher als praktisch blind bezeichnet. Der Begriff ist nicht mehr anzuwenden.“

Ich bitte, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 10. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
IV c 50 n 0601

St. Anz. 49/1959 S. 1333

1177

**Durchführung des Körperbehindertengesetzes;**

hier: Eigentumsvorbehalt bei der Gewährung größerer orthopädischer und anderer Hilfsmittel

Bei der Durchführung des Körperbehindertengesetzes hat sich in einigen Fällen ergeben, daß Krankenfahrzeuge, die nach dem Körperbehindertengesetz aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge für Körperbehinderte beschafft wurden, nach dem Ableben der Körperbehinderten von deren Ehegatten dem Fürsorgeverband zum Rückkauf angeboten wurden. Der Bundesminister des Innern hat auf eine dieserhalb an ihn gerichtete Anfrage, ob die Gewährung größerer orthopädischer und anderer Hilfsmittel unter Eigentumsvorbehalt des Fürsorgeverbandes rechtlich zulässig sei, mit nachstehendem Rundschreiben vom 13.10. 1959 — V 7 — 57 223 — 457/59 — wie folgt Stellung genommen:

„Auch nach meiner Auffassung ist es nicht nur zweckmäßig, sondern auch rechtlich zulässig, wertvollere orthopädische und andere Hilfsmittel, wie z. B. Krankenfahrzeuge, im Eigentum des Fürsorgeverbandes zu belassen. Eine solche Handhabung entspräche im übrigen der erprobten Praxis der Kriegsopferversorgung, ohne daß fürsorgerechtlichen Grundsätzen Zwang angetan würde.“

Im empfehle, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 10. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
IV b 50 o 0601

St. Anz. 49/1959 S. 1333

1178

**Auslegung der Wählerverzeichnisse für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen**

Der Wahlleiter gibt bekannt:

Gemäß § 6 (2) der Wahlordnung für die Delegiertenversammlung der Ärzte-, Zahnärzte, Tierärzte- und Apothekerkammern vom 11. Juni 1959 gebe ich bekannt:

Die Verzeichnisse der in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten Wahlberechtigten liegen in der Zeit vom 21. 12. 1959 bis 18. 1. 1960 während der amtlichen Dienstzeit in den Bereichen der nachfolgenden Bezirksärztekammern wie folgt aus:

**Bezirksärztekammer Darmstadt:****Darmstadt-Stadt:** Darmstadt, Stadthaus, Grafenstraße 30, im Pförtnerhaus**Darmstadt-Land:** Darmstadt, Landratsamt, Steubenplatz 19, Zimmer 18**Bergstraße:** Landratsamt Heppenheim, Kellereigasse 20, Zimmer 35**Dieburg:** Landratsamt Dieburg, Schloßhof, Zimmer 7**Erbach:** Landratsamt Erbach, Michelstädter Straße 12, Zimmer 46**Groß-Gerau:** Landratsamt Groß-Gerau, Darmstädter Str. 24, Zimmer 67**Bezirksärztekammer Frankfurt/Main:****Frankfurt/Main:** Frankfurt/M., beim Pförtner des Rathauses Römer**Maintaunus:** Frankfurt/M.-Höchst, Bolongarostr. 101, Park des Kreishauses, Kreisgesundheitsamt, Geschäftszimmer I. Stock**Obertaunus:** Bad Homburg v. d. H., Louisenstr. 88—90, Landratsamt, Zimmer 1**Offenbach/Main-Stadt:** Statistisches Amt und Wahlamt, Offenbach/M., Mathildenplatz 3, Zimmer 208**Offenbach/Main-Land:** Kreisgesundheitsamt Offenbach/M., Geleitstraße 124, Zimmer 46**Hanau/Main-Stadt:** Schloß Philippsruhe, Amtl. Bekanntmachungstafel**Hanau/Main-Land:** Landratsamt Hanau/Main, Eugen-Kaiser-Straße 10, Schwarzes Brett**Gelnhausen:** Kreisgesundheitsamt Gelnhausen, Seestraße**Schlüchtern:** Landratsamt Schlüchtern, Gartenstr. 7, Zimmer 4 (ehem. Kreissparkassengebäude).**Bezirksärztekammer Gießen:****Kreis Alsfeld:** Landratsamt Alsfeld, Ferbergasse, Kreisgesundheitsamt-Geschäftszimmer**Kreis Biedenkopf:** Landratsamt Biedenkopf, Kiesackerstraße, Kreisgesundheitsamt Zimmer 20**Kreis Büdingen:** Landratsamt Büdingen, Neuer Weg 31, Zimmer 3 (Vorzimmer)**Kreis Dillenburg:** Landratsamt Dillenburg, Wilhelmstraße Nr. 16, Kreishaus 1, Zimmer 7 (Versicherungsamt)**Kreis Friedberg:** Landratsamt Friedberg, Kaiserstraße 136, Pforte am Haupteingang**Stadt Gießen/L.:** Magistrat der Stadt Gießen, Bergstr. 20, Zimmer 4 (im Erdgeschoß)**Landkreis Gießen/L.:** Landrat des Landkreises Gießen, Gießen/L., Ostanlage 39—41, Zimmer 12**Kreis Lauterbach:** Landratsamt Lauterbach, Lauterbach/H., Bahnhofstraße, Zimmer 14**Kreis Wetzlar/L.:** Kreisverwaltung Wetzlar, Wetzlar/Lahn, Am Karl-Kellner-Ring, Versicherungsamt, Zimmer 9 (Nebengebäude des Kaufhauses „Union“).**Bezirksärztekammer Kassel:****Kassel-Stadt:** Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Rathaus Kassel, in den Geschäftsräumen des Wahlamtes, Zimmer 9**Kassel-Land:** Landrat des Landkreises Kassel, Kassel, Humboldtstr. 24 I, Zimmer 33**Kreis Eschwege:** Landrat des Kreises Eschwege/W., Eschwege, Schloßplatz 1, rechter Flügel, Zimmer 214**Fulda-Land:** Landrat des Kreises Fulda, Fulda, Wörthstr. Nr. 15, Zimmer 132**Fulda-Stadt:** Magistrat der Stadt Fulda, Fulda, Ordnungs- und Einwohnermeldeamt, Sturmstr. 5 pt.**Kreis Hofgeismar:** Landrat des Kreises Hofgeismar, Hofgeismar, Bahnhofstr. 24, Kreishaus, Zimmer 114**Kreis Hersfeld:** Landrat des Kreises Hersfeld, Hersfeld, Dudenstraße 15, Zimmer 29**Kreis Hünfeld:** Landrat des Kreises Hünfeld, Hünfeld, Landratsamt, Lindenstr. 14, Zimmer 4

**Kreis Melsungen:** Landrat des Kreises Melsungen, Melsungen, Kasseler Straße 31, Zimmer 3

**Kreis Rotenburg/F.:** Landrat des Kreises Rotenburg/Fulda, Rotenburg/F., Lindenstr. 1, Zimmer 7

**Kreis Waldeck:** Landrat des Kreises Waldeck, Korbach/Waldeck, Luis-Pater-Str. 55, Zimmer 227

**Kreis Witzenhausen:** Landrat des Kreises Witzenhausen, Nordbahnhofsweg 1, Zimmer 10

**Kreis Wolfhagen:** Landrat des Kreises Wolfhagen, Wolfhagen, Versicherungsamt, Zimmer 6 a.

#### Bezirksärztekammer Marburg:

**Marburg-Stadt:** Marburg/L., Behördenhaus (Wahlamt), Deutschhausstraße 38 III, Zimmer 23/24

**Marburg-Land:** Marburg/L., Landratsamt, Barfüßerstr. 11, Zimmer 38 (Versicherungsamt)

**Kreis Frankenberg:** Landratsamt Frankenberg, Zimmer 14a (Versicherungsamt)

**Kreis Fritzlar-Homberg:** Landratsamt Fritzlar, Fritzlar, Zimmer 16 (Versicherungsamt)

**Kreis Ziegenhain:** Landratsamt Ziegenhain, Zimmer 7

#### Bezirksärztekammer Wiesbaden:

**Wiesbaden-Stadt:** Wiesbaden, Städt. Wahlamt, Rathaus, Zimmer 14

**Limburg:** Landratsamt Limburg, Limburg/L., Auf der Schiede 43, Zimmer 51

**Oberlahnkreis:** Landratsamt Weilburg, Weilburg/L., Limburger Straße, Zimmer 10

**Rheingau-Kreis:** Landratsamt Rüdesheim, Rüdesheim/Rh., Rheinstr. 5, Zimmer 14

**Untertaunus-Kreis:** Bad Schwalbach, Kreishaus, Badweg 3, Zimmer 12

**Kreis Usingen:** Landratsamt Usingen, Usingen, Obergasse 23, Zimmer 25

Ansprüche auf Aufnahme und Einwendungen gegen die Aufnahme in das Wählerverzeichnis können spätestens bis zum 19. 1. 1960, 18 Uhr, bei mir, Wiesbaden, Grillparzerstraße Nr. 35, schriftlich erhoben werden.

Der Wahlleiter  
St.Anz. 49/1959 S. 1333

1179

### Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

#### Flurbereinigung Gedern, Krs. Büdingen

##### 2. Flurbereinigungs - Ergänzungsbeschluss

Auf Grund des § 8 Abs. 2 in Verbindung mit den §§ 44—6 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 — BGBI. I S. 591 ff wird der Flurbereinigungs-Beschluss von Gedern vom 15. 12. 1955 wie folgt ergänzt:

1. Vom bzw. zum Flurbereinigungsverfahren Gedern werden die in der Ortslage der Gemarkung Gedern gelegenen, im beigefügten Verzeichnis aufgeführten Flurstücke nachträglich ausgeschlossen bzw. zugezogen. Die nachträglich ausgeschlossen bzw. zugezogenen Flurstücke sind aus dem beigefügten Verzeichnis der Flurstücke ersichtlich. Das veränderte Flurbereinigungsgebiet ist in der beiliegenden Gebietskarte durch orangefarbene Umrandung kenntlich gemacht. Das Verzeichnis der Grundstücke und die Gebietskarte bilden Bestandteile dieses Ergänzungsbeschlusses. Das Flurbereinigungsgebiet, das ursprünglich 2384 ha, nach dem Flurbereinigungs-Ergänzungsbeschluss vom 17. 4. 1959 2094 ha umfaßte, hat jetzt eine Größe von 2088 ha.

2. Änderungen in der Bezeichnung und im Sitz der Teilnehmergemeinschaft von Gedern treten durch diesen Ergänzungsbeschluss nicht ein.

3. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Burkhardts, Gedern, Glashütten, Kaulstoß, Merkenfritz, Oberseemen, Steinberg und Wenings öffentlich bekanntgegeben. Dieser Flurbereinigungs-Ergänzungsbeschluss mit Begründung und das Verzeichnis der Grundstücke sowie die Gebietskarte werden 2 Wochen lang zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeistereien von Burkhardts, Gedern, Glashütten, Kaulstoß, Merkenfritz, Oberseemen, Steinberg und Wenings ausgelegt.

Wiesbaden, 4. 11. 1959

Landeskulturamt  
Az.: DF 54 — G. Nr. 37481/59  
St.Anz. 49/1959 S. 1334

#### Anlage zum Ergänzungsbeschluss vom 4. Nov. 1959.

Verzeichnis der ausgeschlossenen und zugezogenen Flurstücke der Gemarkung Gedern.

##### Ausgeschlossene Flurstücke

Flur 1 Nr. 111, 115, 116, 117, 119, 121, 129, 130/1, 130/2, 131, 132/1, 133/1, 135/1, 136/2, 137, 138, 362/1, 362/2, 362/3, 363/1, 363/2, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390/1, 391/1, 391/2, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 407/1, 409/1, 413/1, 415, 416, 418/1, 420/1, 423/1, 427/1, 429, 430, 431/1, 433/1, 437/1, 438/2, 441, 442/1, 442/2, 442/3, 442/4, 442/5, 443/1, 443/2, 443/3, 443/4, 443/5, 444/1, 444/9, 444/10, 445/2, 534/2, 534/3, 534/4, 534/5, 534/6, 534/7,

4267/1, 1267/2, 1271/1, 1272, 1273/1, 1273/2, 1274/1, 1274/2, 1352/1, 1352/2, 1354/1, 1354/2, 1355/1, 1356/1, 1356/2, 1357/1, 1357/2, 1358/1, 1360/1, 1361, 1362, 1363, 1364/1, 1365, 1366/1, 1368/1, 1370/1, 1372, 1373/1, 1374/1, 1375/1, 1378/1, 1378/2, 1379, 1380, 1657/16 teilw., 1657/18 teilw., 1668.

Flur 5 Nr. 447/1, 447/2, 448 teilw., 734/1 teilw., 737/1, 738, 739/1, 739/2, 740/2, 740/3, 1067/3, 1067/4 teilw., 1071.

##### Zugezogene Grundstücke

Flur 1 Nr. 513.

Die Gesamtfläche der ausgeschlossenen Flurstücke beträgt 6 ha und die Fläche der zugezogenen Flurstücke 125 qm.

1180

#### Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Bärstadt, Krs. Untertaunus

##### Zusammenlegungsbeschluss

Auf Grund des § 93 (2) in Verbindung mit dem § 91 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBI. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung eines Teiles der Gemarkung Bärstadt (Kreis Untertaunus) wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die Gemarkung Bärstadt (Kreis Untertaunus) mit den in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücken festgestellt. Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von 299,1943 ha. Die Grenzen sind auf der Gebietskarte, die ebenfalls einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen gekennzeichnet.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Bärstadt“ mit dem Sitz in Bärstadt (Kreis Untertaunus). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Nach § 14 des Flurbereinigungsgesetzes werden die Beteiligten aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wiesbaden — Büro Frankfurt (M) — (bei der Nassauischen Siedlungsgesellschaft mbH, Frankfurt (M), Berliner Straße 56—58), anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 des FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen worden, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzung anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Bärstadt (Kreis Untertaunus) sowie in den Nachbargemeinden öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit der Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeisteramt in Bärstadt (Kreis Untertaunus) sowie in den Nachbargemeinden 2 Wochen lang ausgelegt.

Frankfurt (Main), 23. 10. 1959

Kulturamt Wiesbaden — Büro Frankfurt (M) —  
WF 246 Z St.Anz. 49/1959 S. 1334

Anlage 1 zum Zusammenlegungsbeschluß vom 23. Oktober 1959.

Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der beschleunigten Zusammenlegung von Bärstadt (Kreis Untertaunus).

Flur 15, ganz im Verfahren, außer Nummern 33—36, 90, 93, Größe ha 27,6306.

Flur 16, ganz im Verfahren, außer Nummern 1—3, 5, 60, 61, Größe ha 16,4536.

Flur 17, ganz im Verfahren, Größe ha 28,0937.

Flur 18, ganz im Verfahren, außer Nummern 8, 10, 74/56, Größe ha 10,6141.

Flur 19, ganz im Verfahren, Größe ha 38,8697.

Flur 20, ganz im Verfahren, außer Nummern 72—80, 182 bis 193, 205, 206, 228, 229, 235, Größe ha 29,9843.

Flur 21, ganz im Verfahren, außer Nummern 68—85, 101, 103, Größe ha 22,2007.

Flur 22, ganz im Verfahren, außer Nummern 1—3, 49—72, 143, 151—156, Größe ha 20,1752.

Flur 25, ganz im Verfahren, außer Nummern 85—95/2, 159, 166, Größe ha 17,9904.

Flur 26, ganz im Verfahren, Größe ha 30,8993.

Flur 27, ganz im Verfahren, Größe ha 24,6740.

Flur 28, ganz im Verfahren, außer Nummern 7—15, 61—69, 72—85, 124—138, 201—202, 210—213, 220—225, Größe ha 31,6087. Gesamtgröße ha 299,1943.

4181

## Personalnachrichten

Es sind

### C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

#### d) Reg.-Präsident in Wiesbaden

ernannt

zum Polizeimeister

die Polizeihauptwachtmeister Rudolf Frese, (BaL) Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (16. 10. 59); Karl Sartorius, (BaL) Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (16. 10. 1959); Werner Zimmerschied, (BaL) Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (16. 10. 59); Otto Hof, (BaL) Polizeikommissariat Biedenkopf (22. 10. 59); Franz Paul, (BaL) Polizeikommissariat Biedenkopf (22. 10. 59); Rudolf Oeser, (BaL) Polizeikommissariat Bad Schwalbach (19. 10. 59); Horst Pfaff, (BaL) Polizeikommissariat Bad Schwalbach (19. 10. 59); Karl Schnith, (BaL) Polizeikommissariat Limburg (20. 10. 59).

in den Ruhestand versetzt

Polizeimeister Willi Enders, (BaL) Polizeikommissariat Usingen (1. 11. 59);

Polizeihauptwachtmeister Erwin Pauly, (BaL) Polizeikommissariat Hanau (1. 11. 59).

Wiesbaden, 9. 11. 1959

**Der Regierungspräsident**

Dezernat I 3 Pol.  
St.Anz. 49/1959 S. 1335

#### h) Verwaltungsgericht Wiesbaden

berufen zu Verwaltungsrichtern auf Lebenszeit:

die vorläufig angestellten Verwaltungsrichter, Verwaltungsgerichtsräte Dr. Gerhard Bartsch (6. 11. 1959); Dr. Heinz Fotheringham (6. 11. 1959); Hans Joachim Opitz (6. 11. 1959); Josef Vogt (9. 11. 1959)

ernannt

zum Regierungsinspektor: Regierungsobensekretär (BaL) Eduard Scherbaum (1. 8. 1959)

zum Regierungssekretär: der frühere Verwaltungssekretär (BaK) Walter Treuth (1. 10. 1959).

Wiesbaden, 16. 11. 1959

**Der Verwaltungsgerichtspräsident**

Az.: 8 b 06

St.Anz. 49/1959 S. 1335

### F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung

#### d) im Schuldienst des Regierungspräsidenten in Wiesbaden ernannt

zu apl. Gewerbeoberlehrern (BaW)

die Lehramtsanwärter im gewerblichen Berufsschuldienst Karl Heinrich Glöckner, Frankfurt/M. (2. 9. 1959); Peter Josef Monschauer, Frankfurt/M. (11. 9. 1959); Siegfried Scheele, Hofheim/Ts. (14. 9. 1959)

die Gewerbeoberlehrer im Angestelltenverhältnis, Dipl.-Ing. Karl Schneider, Dillenburg (18. 6. 1959); Dipl.-Ing. Hans Arvedsen, Dillenburg (18. 6. 1959)

der Gewerbelehrer im Angestelltenverhältnis Karl Schulze, Frankfurt/M. (1. 9. 1959)

der apl. Gewerbeoberlehrer bisher im Schuldienst des Senators für das Bildungswesen der Freien Hansestadt Bremen Horst Röhrich, Wetzlar (25. 6. 1959)

zu apl. Gewerbeoberlehrerinnen (BaW)

Die Lehramtsanwärterinnen im gewerblichen Berufsschuldienst Regina Müller, Hofheim/Ts. (19. 3. 1959); Ute Lenning, Oberursel (1. 9. 1959); Martha Krefner, Frankfurt/M. (1. 9. 1959)

zum apl. Handelsoberlehrer (BaW)

der Lehramtsanwärter im kaufmännischen Berufsschuldienst Dr. Heinz Frisch, Frankfurt/M. (24. 6. 1959)

zu apl. Handelsoberlehrerinnen (BaW)

die Lehramtsanwärterinnen im kaufmännischen Berufsschuldienst Ellen Linek, Frankfurt/M. (23. 3. 1959); Elisabeth Kallenbach, Frankfurt/M. (29. 4. 1959); Ilse Runk, Frankfurt/M. (6. 3. 1959); Gudrun Farl, Frankfurt/M. (26. 5. 1959)

zum apl. Gartenbauoberlehrer (BaW)

die Lehrkraft im gartenbaulichen Berufsschuldienst Wilhelm Gwildis, Frankfurt/M. (13. 11. 1958)

der Lehramtsanwärter im gartenbaulichen Berufsschuldienst Heinz Reinhardt, Dillenburg (6. 7. 1959)

zu Gewerbeoberlehrern (BaK)

die apl. Gewerbeoberlehrer Willy Bleß, Biedenkopf (26. 3. 1959); Hans-Werner Schütz, Wetzlar (8. 4. 1959); Wolfgang König, Frankfurt/M. (1. 7. 1959); Gerhard Brossmann, Frankfurt/M. (1. 7. 1959)

der Gewerbeoberlehrer im Angestelltenverhältnis Herbert Heldberg, Frankfurt/M. (1. 7. 1959)

zu Handelsoberlehrern (BaK)

die apl. Handelsoberlehrer August Leis, Hanau (20. 4. 1959); Horst Lerch, Wiesbaden (1. 4. 1959); Dieter Wurms, Wiesbaden (21. 5. 1959); Rolf Weber, Wiesbaden (20. 4. 1959); Arnold Höfler, Frankfurt/M. (1. 7. 1959)

zu Handelsoberlehrerinnen (BaK)

die apl. Handelsoberlehrerinnen Gisela Müller, Frankfurt/M. (27. 4. 1959); Irmgard Jung, Frankfurt/M. (24. 7. 1959); Dorothea Wechsung, Frankfurt/M. (17. 4. 1959)

zur Jugendleiterin (BaK)

die Jugendleiterin (BaW) Ilse Merz, Frankfurt/M. (2. 2. 1959)

die Werklehrerin im Angestelltenverhältnis Annemarie Wegener, Frankfurt/M. (2. 5. 1959)

zum Handelsoberlehrer

der Volksschullehrer (BaL) Reinhard Gladis, Frankfurt/M. (12. 6. 1959)

zum Studienrat

der Handelsoberlehrer (BaL) Dr. Hermann Frank, Frankfurt/M. (20. 8. 1959)

zur Studienrätin

die Handelsoberlehrerin (BaL) Margit Fluck, Frankfurt/M. (29. 8. 1959)

zu Oberbauuräten i. t. S.

die Bauräte i. t. S. ((BaL) Dipl.-Ing. Friedrich Winterfeldt, Frankfurt/M. (1. 9. 1959); Dipl.-Ing. Otto Döhner, Frankfurt/M. (17. 8. 1959); Dipl.-Ing. Hans Feigel, Idstein/Ts. (15. 8. 1959); Dr.-Ing. Josef Schüller, Frankfurt/M. (12. 8. 1959); Dr.-Ing. Otto Repp, Frankfurt/M. (24. 8. 1959); Dipl.-Ing. Kurt Meyer, Frankfurt/M. (13. 8. 1959)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Gewerbeoberlehrer (BaK) Franz Wilhelm, Frankfurt/M. (19. 12. 1958); Herbert Pauly, Usingen (15. 4. 1959); Heinz Budzinski, Wetzlar (22. 4. 1959); Josef Pock, Biedenkopf, (1. 4. 1959); Karl Eigner, Frankfurt/M. (19. 6. 1959); Helmut Wolf, Hofheim/Ts. (14. 9. 1959); Rudolf Richter, Hofheim/Ts. (11. 9. 1959)

der apl. Gewerbeoberlehrer (BaW) Günther Gloger, Schlüchtern (1. 7. 1959)

der Gewerbeoberlehrer im Angestelltenverhältnis Karl Nöthlich, Wiesbaden (23. 4. 1959)

die Gewerbeoberlehrerinnen (BaK) Helene Olscha, Wetzlar (30. 4. 1959); Angela Schmitt, Weilburg (29. 4. 1959); Eva Weidner, Gelnhausen (18. 6. 1959); Christel Stein, Oberursel/Ts. (7. 9. 1959)

die Handelsoberlehrer (BaK) Dr. Franz Unkell, Frankfurt/M. (21. 5. 1959); Alfred Strothotte, Wiesbaden (19. 6. 1959); Helmut Stein, Oberursel/Ts. (4. 9. 1959)

die Handelsoberlehrerinnen (BaK) Ilse Mildenberger, Wiesbaden (19. 6. 1959); Christine Wollensack, Hofheim/Ts. (11. 9. 1959)

die Landwirtschaftslehrerinnen (BaK) Johanna Krupka, Usingen (15. 4. 1959); Johanna Degen, Hofheim/Ts. (11. 9. 1959); Margarete Lindemann, Hofheim/Ts. (17. 9. 1959)

die Fachschuloberlehrerin (BaK) Gertrud Pinsker, Hanau (4. 6. 1959)

der Fachlehrer im Angestelltenverhältnis Walter Bunke, Wiesbaden (1. 2. 1959)

der Fachlehrer (BaK) Bruno Schäfer, Frankfurt/M. (24. 3. 1959)

der Fachschuldirektor (BaK) Vincent Weber, Wiesbaden (6. 5. 1959)

die Bauräte i. t. S. (BaK) Karl Fröhlich, Frankfurt/M. (13. 6. 1959); Franz Hey, Frankfurt/M. (13. 6. 1959)

in den Ruhestand versetzt

die Gewerbeoberlehrer Josef Schmitt, Frankfurt/M. (1. 4. 1959); Carl Dittmann, Usingen (1. 4. 1959); Kurt Marx, Frankfurt/M. (1. 5. 1959); Heinrich Becker, Hofheim/Ts. (1. 4. 1959)

die Gewerbeoberlehrerinnen Maria Pabst, Frankfurt/M. (1. 5. 1959); Emmy Schmidt, Frankfurt/M. (1. 4. 1959)

die Berufsschuldirektorin Elfriede Schmidt, Frankfurt/M. (1. 4. 1959)

an andere Schulen versetzt

der Handelsoberlehrer Wilhelm Poli von der Kaufmännischen Berufsschule Wiesbaden an die Handels-, Höhere Handels- und Wirtschaftsoberschule Wiesbaden (1. 4. 1959); der Gewerbeoberlehrer Heinz-Jörg Richardt von Hofheim/Ts. in den Berufsschuldienst im Reg.-Bez. Kassel (1. 4. 1959)

der Gewerbeoberlehrer Hermann Klamp. von Wiesbaden nach Hofheim/Ts. (1. 4. 1959)

der Gewerbeoberlehrer Wilhelm Kramb. von Limburg nach Bad Schwalbach (16. 5. 1959)

der Handelsoberlehrer Karl Kogel von der Kaufmännischen Berufsschule 3 in Frankfurt/M. an die Klinger-Schule in Frankfurt/M. (1. 4. 1959)

die Gewerbeoberlehrerin Edith Kroth. von Wiesbaden nach Frankfurt/M. (1. 4. 1959)

die Gewerbeoberlehrerin Christel Flacke. von Oberursel (Taunus) nach Usingen (1. 4. 1959)

die Gewerbeoberlehrerin Ilse Holländerbäumer. von Limburg nach Dillenburg

entlassen

der Handelsoberlehrer Herbert Wiese, Wetzlar (31. 3. 1959)

der Baurat i. t. S. Dipl.-Ing. Günter König, Frankfurt/M. (30. 9. 1959)

die Handelsoberlehrerinnen Renate Dietz, Hanau (31. 3. 1959) und Dieline Stricker, Dillenburg (30. 9. 1959)

die Gewerbeoberlehrerin Maria Reuter, Gelnhausen (30. 4. 1959)

die Landwirtschaftslehrerin Christel Praesent. Schlüchtern (31. 5. 1959)

Wiesbaden, 28. 10. 1959

Der Regierungspräsident

II 7 II d

St.Anz. 49/1959 S. 1335

**I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten**

**Landeskulturverwaltung**

ernannt zum

Regierungskulturrat (BaL): die Regierungsassessoren Ernst Plag, Kulturamt Wiesbaden (21. 9. 1959); Ernst Roth, Kulturamt Kassel (21. 9. 1959)

Regierungskulturrat (BaK): Kulturamtsanwärter Dr. Roland Hajenski, Kulturamt Gießen (21. 9. 1959)

Regierungsassessor Karl Rudloff, Kulturamt Darmstadt (21. 9. 1959)

Regierungsvermessungsrat (BaL): die Regierungsvermessungsassessoren August Gipper, Kulturamt Gießen (21. 9. 1959); Helmut Wagner, Kulturamt Wiesbaden (21. 9. 1959); Carl Treppmacher-Schwanke, Kulturamt Bad Hersfeld (21. 9. 1959); Franz Oskar Quint, Kulturamt Hanau (21. 9. 1959)

Regierungsvermessungsrat (BaK): Josef Kostal, Kulturamt Wiesbaden (21. 9. 1959)

Regierungsbaurat (BaK): Regierungsbauassessor Ernst Clausen, Landeskulturamt Wiesbaden (21. 9. 1959)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Vermessungsinspektoren Josef Zingel, Kulturamt Dillenburg (24. 10. 1959); Karl Horst, Kulturamt Dillenburg (24. 10. 1959); Günter Werner, Kulturamt Lauterbach (30. 10. 1959)

Regierungsobensekretär Heinrich Wenzel, Kulturamt Hanau (28. 10. 1959)

**Wasserwirtschaftsverwaltung**

ernannt zum

Regierungsoberbauinspektor: Regierungsbauinspektor (BaL) Heinrich Hirsch, Wasserwirtschaftsamt Friedberg (24. 10. 1959)

Regierungsbauinspektor (BaL): außerplanmäßiger Regierungsbauinspektor Karl-Heinz Breme, Wasserwirtschaftsamt Marburg (8. 10. 1959)

Regierungsbauinspektor (BaK): die außerplanmäßigen Regierungsbauinspektoren Fritz Geißler, Wasserwirtschaftsamt Friedberg (9. 10. 1959); Bernhard Husar, Wasserwirtschaftsamt Friedberg, Außenstelle Alsfeld (12. 10. 1959)

Regierungssekretär (BaK): Wilhelm Gath, Wasserwirtschaftsamt Marburg (8. 10. 1959)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit  
 Regierungsbaurät Rutger Heß, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg (15. 10. 1959)  
 Regierungsbaurät Horst Menk, Wasserwirtschaftsamt Friedberg (12. 10. 1959)  
 Regierungsoberbauinspektor Karl Georg, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg (27. 10. 1959)

**Hessisches Landgestüt Dillenburg**

in den Ruhestand versetzt:

Gestütoberwärter Fritz Schimkus (1. 11. 1959)  
 Gestütwärter Hermann Ostwald (1. 11. 1959)

**Forstverwaltung**

ernannt zum

Oberforstmeister: Forstmeister (BaL) Ernst-Ludwig Schiemer, Forstamt Darmstadt (21. 9. 1959)  
 Forstassessor (BaW): Assessor des Forstdienstes Oskar Gusovius, Fa. RP Wiesbaden (18. 9. 1959)  
 Forstoberamtmann: Forstamtmann (BaL) Gustav Radeck, Fa. Wanfried (8. 10. 1959)  
 Reg.-Amtmann: Reg.-Oberinspektor (BaL) Kurt Kramer, Fa. RP Kassel (8. 10. 1959)  
 Oberförster: Revierförster (BaL) Waldemar, Felde, Fa. Ewersbach (3. 9. 1959)  
 Revierförster (BaL): die außerplanmäßigen Revierförster Adalbert Guse, Fa. Wolkersdorf (8. 10. 1959); Horst Herborth, Fa. Niederbeisheim (8. 10. 1959)  
 Revierförster: ap. Revierförster (BaW) Gerhard Riehl, Fa. Bracht (8. 10. 1959)  
 Revierförster (BaL): die ap. Revierförster Karl Sälzer, Fa. Marburg-Süd (8. 10. 1959); Günther Schade, Fa. Hilders (8. 10. 1959); Heinrich Schäfer, Fa. Bieber (3. 9. 1959); Dietrich Sandler, Fa. Schönstein (8. 10. 1959); Otto Sorg, Fa. Oberaula (9. 10. 1959)  
 Regierungsinspektor: ap. Regierungsinspektor (BaW) Otto Elgner, Fa. Darmstadt (14. 10. 1959)  
 Revieroberforstwart: Oberforstwart (BaL) Karl Körbel, Fa. Fritzlar (8. 10. 1959)  
 Revierforstwart (BaW): Ernst Hauptmann, Fa. Krodorf (8. 10. 1959); Ludwig Heuser, Fa. Roßberg (8. 10. 1959);

Heinz Stroh, Fa. Neuweilnau (3. 9. 1959)  
 Revierförsteranwärter (BaW): die Anwärter f. d. Revierförsterlaufbahn Bruno Appel, Fa. Bez. Darmstadt (9. 9. 1959); Werner Döring, Fa. Bez. Darmstadt (9. 9. 1959); Gert Krämer, Fa. Bez. Darmstadt (9. 9. 1959); Werner Maixner, Fa. Bez. Darmstadt (9. 9. 1959); Hans-Peter Martin, Fa. Bez. Darmstadt (9. 9. 1959); Wolfgang Robert, Fa. Bez. Darmstadt (9. 9. 1959); Karl Schmidt, Fa. Bez. Darmstadt (9. 9. 1959); Walter Wenzel, Fa. Bez. Darmstadt (9. 9. 1959); Siegfried Kohl, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Dieter Bark, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Kurt Nödel, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Horst Groscurth, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Hans-Dieter Jonietz, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Adolf Graf, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Rolf Dornseif, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Karl Schetla, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Claus Bengel, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Rudolf Goretzko, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Hans-Uwe Ickler, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Albrecht Keil, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Günter Bangert, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959); Klaus Beller, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Manfred Böndner, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Klaus Eckel, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Günter Maurer, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Reinhart Pfingst, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Klaus Reese, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Claus-Otto Schmidt, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Helmut Sikor, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Uwe Thomé, Fa. Bez. Wiesbaden (9. 9. 1959); Walter Ehrhardt, Fa. Bez. Kassel (9. 9. 1959)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit  
 Regierungsobersekretär Heinrich Reinbold beim Regierungspräsident in Kassel, durch Unkunde vom 24. 10. 1959

in den Ruhestand versetzt

Forstmeister Friedrich Bungeroth, Fa. Hahn (1. 10. 1959)  
 Forstmeister Hubert Felzmann, Fa. Gießen (1. 10. 1959)  
 Ob.-Forstmeister Wilhelm Siepmann, Fa. Alsfeld (1. 10. 1959)  
 Revierförster Heinrich Heinen, Fa. Wildeck, (1. 10. 1959)  
 Oberforstwart Heinrich Bindewald, Fa. Alsfeld (1. 10. 1959)  
 Wiesbaden, 5. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**  
 Ib — 70 16 — 03 St.Anz. 49/1959 S. 1336

**1182 DARMSTADT**

**Regierungspräsidenten**

**Eintragung von Fischereirechten in das Wasserbuch**

Gemäß § 9 (4) Hess. Fischereigesetz vom 11. 11. 1950 (GVBl. S. 255) wird auf folgendes hingewiesen:

Fischereirechte, die nicht dem Eigentümer des Gewässers zustehen, sind auf Antrag des Berechtigten ins Wasserbuch einzutragen. Fischereirechte der oben bezeichneten Art erlöschen mit Ablauf von zehn Jahren

1. nach Inkrafttreten des Hessischen Fischereigesetzes, soweit sie zu diesem Zeitpunkt (13. 12. 1950) bestanden haben (§ 6);
2. im Falle des § 7 nach Zustellung des Bescheides, in dem der Berechtigte auf diese Folge der Nichteintragung hingewiesen worden ist;
3. in den Fällen des § 8 Absatz 1 und 2 nach ihrem Entstehen,

wenn die Eintragung ins Wasserbuch nicht vorher beantragt wird.

Auf Rechte, die im Grundbuch oder im Wasserbuch nach § 11 des Preußischen Fischereigesetzes vom 11. 5. 1916 (Pr. GS S. 55) eingetragen sind, sind diese Vorschriften nicht anzuwenden.

In Anlehnung an § 11 des Preußischen Fischereigesetzes vom 11. 5. 1916 (Pr. GS S. 55) wird empfohlen, auch die Fischereirechte zur Eintragung ins Wasserbuch anzumelden, die durch § 5 des Hess. Fischereigesetzes vom 11. 11. 1950 aufrechterhalten wurden und nicht bereits im Grundbuch gewahrt sind.

Die Anträge zur Eintragung der oben näher bezeichneten Fischereirechte ins Wasserbuch sind in zweifacher Ausfertigung an den Regierungspräsidenten in Darmstadt zu richten.

Dabei sind folgende Angaben zu machen:

- a) Vor- und Zuname sowie vollständige Anschrift des Fischereiberechtigten,
- b) Bezeichnung des Gewässers, in dem das Fischereirecht belegen ist mit genauer Kennzeichnung des Anfangs- und Endpunktes der Fischereistrecke,
- c) Inhalt des Fischereirechts,
- d) nähere Angaben der Urkunden usw., aus denen das Bestehen des Fischereirechts im jetzigen Umfang hergeleitet wird.

Die Anmeldung erstreckt sich nur auf die im Regierungsbezirk Darmstadt belegenen Fischereirechte. Die Eintragung dieser Rechte erfolgt nach Inkrafttreten des Bundeswasserhaushaltsgesetzes vom 27. 7. 1957 (BGBl. I, S. 1110) in der Fassung des Änderungsgesetzes hierzu vom 19. 2. 1959 (BGBl. I, S. 37) und des noch zu verkündenden Hessischen Wassergesetzes.

Darmstadt, 20. 11. 1959

**Der Regierungspräsident**  
 III/9 — 63 h 02/17 (721) Allg.  
 St.Anz. 49/1959 S. 1337

**1183**

**Besetzung von freien Stellen bei der staatlichen Abteilung des Landratsamtes Offenbach a. M.**

In der vorbezeichneten Veröffentlichung St.Anz. 47/1959 S. 1290 muß es im 2. Absatz heißen:

„Angestellte pp. erfüllen, werden zunächst 6 Monate probeweise im Angestelltenverhältnis mit Abfindung nach **Verfügungsgruppe VII TO.A** übernommen pp.“  
 (nicht Gruppe VIII).

St.Anz. 49/1959 S. 1337

## Buchbesprechungen

**Volksbuch des Erbrechts.** Die gesetzliche Erbfolge sowie das materielle und formelle Testamentsrecht in Frage und Antwort von Justizoberinspektor (Rechtspfleger) I. R. Albert Wilhelm Brecht, 680 Seiten, Dünndruckpapier, Ganzleinen, Fadenheftung, Format: 12,3×19,2 cm; DM 27,80; bei Sammelbestellungen ab 3 Stück Preisermäßigung. — Zu beziehen vom Selbstverlag A. W. Brecht, Karlsruhe, Postfach 133.

Der Tod natürlicher Personen (= Erbfall) bringt immer die Rechts-sorge für ihre hinterlassenen Vermögenswerte und ihre Schulden mit sich. Der Erblasser hat das Recht, über sein Vermögen bindende Anordnungen zu treffen (Testierfreiheit). Liegt keine letztwillige Verfügung vor oder ist der Erbe bereits tot oder schlägt er die Erbschaft aus, so tritt die gesetzliche Erbfolge der Verwandten und des Ehegatten, in letzter Linie des Staates ein.

Infolge Unkenntnis der Vorschriften des Erb- und Testamentsrechts treten oft nachteilige und nicht wieder gutzumachende Folgen ein. Ein echtes Bedürfnis nach allgemeinverständlicher und geeigneter Aufklärung gerade auf dem Gebiete des Erbrechts hat schon immer bestanden. Im eigenen Interesse sollte sich jeder rechtzeitig über das Erbrecht informieren, zumal sich die güterrechtlichen und erbrechtlichen Vorschriften am 1. Juli 1958 (dem Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 — BGBl. I S. 609) geändert haben. Der Verfasser des vorliegenden Aufklärungswerkes, Unterrichts- und Nachschlagewerkes hat während seiner langjährigen Gerichtspraxis als Rechtspfleger und Leiter einer amtsgerichtlichen Vormundschafts- und Testamentsabteilung wertvolle Erfahrungen gesammelt und diese in 525 Fragen und Antworten (darunter über 50 für Nottestamente) zusammengestellt und ausführlich erläutert. Hierbei hat sich der Verfasser nicht darauf beschränkt, die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Frage und Antwort darzustellen; er greift vielmehr in seinem „Volksbuch des Erbrechts“ alle praktischen Fragen auf, die mit dem gesamten Erbrecht zusammenhängen. Die für jeden Nichtjuristen schwierige Materie wird in leicht verständlicher Form ausführlich besprochen und ist darüber hinaus mit vielen Musterbeispielen versehen. Für die beruflich interessierten Leser sind die einschlägigen Gesetzesparagrafen jeweils im Buchtext angegeben.

Das vorliegende Werk will in mehrfacher Hinsicht Helfer und Ratgeber sein. Jeder soll die Möglichkeit haben

1. die eigentliche persönliche Lage (oder die eines anderen) als Erblasser und auch als Erbe rasch und richtig zu beurteilen,
2. festzustellen, welche theoretischen Möglichkeiten von Todeswegen zu verfügen, das Gesetz ihm bietet,
3. festzustellen, was man von Todeswegen nicht verfügen kann,
4. zu erkennen, welche Arten von Verfügungen von Todeswegen ihm normalerweise und in Notfällen zur Verfügung stehen,
5. die Kosten für die Errichtung, Verwahrung von Testamenten usw. selbst zu berechnen.

Damit ist schon die Fülle der Fragen angedeutet, die der Verfasser in dem Werke behandelt. Dennoch erscheint es notwendig, auf die wesentlichsten Punkte des Inhalts zu verweisen. Der erste Hauptabschnitt behandelt die gesetzliche Erbfolge, der zweite die gewillkürte Erbfolge. Ein weiterer Hauptabschnitt erläutert die Verfügungen von Todeswegen, ihre Einrichtung und Behandlung. Es folgen weitere Unterabschnitte über die ordentlichen Testamente, die Nottestamente (Gefahren Testament, Dorf-Testament, Drei-Zeugen-Testament, Secresse-Testament, militärisches Nottestament) sowie die Erbverträge. Das Buch enthält ferner: 1 Wegweiser, 1 Übersichtstafel sämtlicher Verfügungen von Todeswegen mit Zifferangaben. Im Anhang finden wir eine Zusammenstellung der wesentlichen Unterschiedsmerkmale, sowie der Vorzüge und Nachteile sämtlicher Verfügungen von Todeswegen, 1 Gebühren-tabelle der Kostenordnung nach dem Stand der Gesetzgebung am 1. 10. 1957. Im Text selbst enthält das Buch u. a. 60 Zeichnungen für praktische Erbrechtsfälle, zahlreiche Musterbeispiele für Testamente, Anfechtungserklärungen und Anträge auf besondere amtliche Verwahrung und ihre Änderung sowie Rückgabe, 180 Textbeispiele für Testamente und Erbverträge sowie Verweisungen und Hinweise ergänzen und veranschaulichen die Ausführungen und machen das Werk dadurch besonders wertvoll. Ein 20 Seiten langes Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden der gesuchten Detailfragen.

Das inhaltsreiche und anregende Werk versucht eine seit langer Zeit bestehende Lücke im juristischen Schrifttum auf dem Gebiete der gesetzlichen Erbfolge und des Testamentsrechts zu schließen. Es sollte im Hinblick auf die Wichtigkeit seiner Materie nirgends fehlen. Es gehört eigentlich in die Hand jedes Staatsbürgers. Den Verwaltungsbehörden, den Bürgermeistern als Urkundspersonen, den Sachbearbeitern und Rechtspflegern, den Verwaltungsanwärtern, aber auch den Verwaltungsschulen sowie den Kennern der Praxis wird es ein unentbehrliches und gern benutztes Nachschlagewerk und Lernmittel sein.

Abschließend sei noch der systematische Aufbau, der übersichtliche Druck und die solide Ausstattung besonders hervorgehoben. Die Anschaffung des Werkes kann bestens empfohlen werden.

Regierungsamtmann Wahl

**NJW-Fundhefte,** systematischer Nachweis der deutschen Rechtsprechung, Zeitschriftenaufsätze und selbständigen Schriften, 2. Abteilung: Zivilrecht, Band V: 1. 1. 1956 bis 31. 12. 1958, bearbeitet von Rechtsanwalt Dr. Klaus Tremel in München, 1959, XIX und 1257 Seiten DIN A 4, in Leinen DM 78,—, Vorzugspreis für Bezieher der NJW DM 68,—, Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Der jetzt erschienene Band V der NJW-Fundhefte „Zivilrecht“ führt die Auswertung und den systematischen Nachweis der Rechtsprechung und Literatur in der gewohnten und bewährten Weise weiter. Er umfaßt einen Zeitraum von drei vollen Jahren und bietet schon dadurch eine ungeheure Fülle an Material. Für den Band V wurden insgesamt 1140 Bücher, 5600 Aufsätze und 19 000 Entscheidungen ausgewertet. Das dem Werk vorangestellte Verzeichnis der ausgewerteten Zeitschriften und Entscheidungssammlungen zeigt, daß keine Veröffentlichung von Bedeutung unberücksichtigt geblieben ist.

Die Aufteilung des Stoffes ist in Anlehnung an die Nummernfolge der Schönfelder'schen Sammlung „Deutsche Gesetze“ unverändert. Bei den einzelnen Paragraphen ist wieder der behandelte Stoff systematisch gegliedert. Den einzelnen Abschnitten sind dabei Stichworte in Fettdruck vorangestellt, die das Auffinden der gewünschten

Materie erleichtern. Soweit in den früher erschienenen Bänden Veröffentlichungen zu diesen Vorschriften nachgewiesen sind, ist dies kenntlich gemacht. Hierdurch ist sichergestellt, daß ohne viel Aufwand auch frühere Veröffentlichungen herausgefunden werden können; so gesehen bilden die bisherigen fünf Bände ein einheitliches Ganzes.

Der Zusammenstellung ist ein Gesetzesregister angeschlossen, das 1520 Gesetze, Verordnungen und andere Rechtsquellen enthält; ferner ein Sachverzeichnis mit 25 500 Stichworten, das auch die Bände I bis IV umfaßt.

Auch der neue Band bestätigt das, was für den Band III im Staats-Anzeiger 1956 Seite 757 und für Band IV dasselbe 1957 Seite 268 gesagt worden ist: Das Werk bietet auch ohne die früheren Bände eine Fundgrube für jeden Praktiker und Wissenschaftler, die nie versagt. Es erreicht voll und ganz das gesteckte Ziel, nämlich eine lückenlose Zusammenstellung der Rechtsprechung und Literatur der Nachkriegszeit zu sein.

Ministerialrat Dr. Hoof

**Kostenrechnung und Preisbildung.** Das Recht der Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen. Kommentar zur VPOA, LSP und VPPDA-Bau von Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol. Max E. Pröblich, Wirtschaftsprüfer, Direktor der Kunator Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, 6. Lieferung, Stand August 1959, 136 Seiten, in Schlaufe DM 7,—, Gesamtwerk: Lieferung 1—5, Stand August 1959, 960 Seiten in Leinenordner DM 33,—, Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die sechste Ergänzungslieferung stellt dem Inhaltsverzeichnis zu nächst eine Gliederung voraus, die bei der Vielgestaltigkeit der Materie das Auffinden des Sachgegenstandes erleichtert und das Werk übersichtlicher gestaltet.

Nachdem die fünfte Lieferung die neuen Vorschriften über die Abrechnung von Bauleistungen im Stundenlohn (VO PR Nr. 12/58) und das Kartellgesetz nebst den dazu ergangenen Rechtsverordnungen gebracht hat, enthält die sechste Lieferung die Erläuterungen des Bundesministers für Wirtschaft zu Nr. 24 der Anlage zur VO PR Nr. 12/58 und die Gebührenordnung für Architekten in der Fassung vom 11. 11. 1958 (GOA), in der die Sondergebühren für die Wohnbauten des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues gestrichen worden sind.

Auch sind im Hinblick auf den Charakter des Werks weitere Probleme der Kostenrechnung im Bereiche der LSP unter Auswertung der neueren Rechtsprechung und des Schrifttums eingehend erläutert worden. Erwähnt seien die neugefaßten Kommentierungen über die Beistellung von Stoffen, über die Reststoffe, über Löhne und Gehälter und andere Personalkosten, über die Instandhaltung und Instandsetzung sowie über die Entwicklungs-, Entwurfs- und Versuchsaufträge (LSP Nr. 20—28). Schließlich ist das Sachregister ganz erneuert worden.

Durch die Ergänzungslieferung ist das Werk nicht nur auf den neuesten Stand gebracht, sondern auch in seinen Erläuterungen ergänzt und verbessert worden. Besonders der Praktiker wird daraus seinen Nutzen ziehen können.

**Bundesmantelarifvertrag für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe (BMT-G)** in der jetzt geltenden Fassung mit allen dazu ergangenen Sondervereinbarungen und Zusatzarifverträgen, systematisch dargestellt und ausführlich erläutert von Verw.-Insp. W. Illers, Landesarbeitsgeberverband bayerischer Gemeinden, München, Loseblattausgabe mit 272 Seiten DIN A 5, DM 16,—, zuzüglich Ganzleinenordner zum Preise von DM 3,50 Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, München.

Bei der Anwendung der Bestimmungen des Bundesmantelarifvertrages für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe und der hierzu abgeschlossenen Sondervereinbarungen gilt es für den Praktiker, sich mit zahlreichen Einzelproblemen auseinanderzusetzen, um eine für beide Teile des Arbeitsvertrages gerechte Lösung zu finden. Häufige Änderungen und Ergänzungen des Tarifrechts haben die Bearbeitung dieser Materie erheblich erschwert. Dazu kommen noch eine Anzahl höchst richtiger Entscheidungen, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Diesem Umstand Rechnung tragend, hat der Verfasser dieses Werkes zu den einzelnen Paragraphen gleichzeitig die in dieser Richtung bereits ergangenen Entscheidungen angeführt.

Entgegen der sonst üblichen Ausgaben ist in diesem Buch der BMT-G systematisch nach dem Alphabet gegliedert. Alphabetische Stichworte erleichtern dem Benutzer das Auffinden der gesuchten Vorschriften. Eingehende Erläuterungen und viele Beispiele klären Zweifelsfragen und geben die notwendige Sicherheit zum Vollzug des BMT-G. Als ein Werk für die Praxis kann dasselbe den gemeindlichen Verwaltungen und Betrieben und den Personalräten bestens empfohlen werden.

Amtsrat Weiricke

**Leitfaden des Bürgerlichen Gesetzbuches** von Dr. Franz Fichtl und Dr. Günther Späth, 1959, vierte Auflage, 120 Seiten DIN A 5, DM 4,60, R. Boorberg Verlag Stuttgart — München — Hannover.

Das Büchlein will seinem Titel nach ein Leitfaden des Bürgerlichen Gesetzbuches sein; der Umfang der Erläuterungen (120 Seiten) und die darzustellende Materie lassen erkennen, daß der Leitfaden nicht etwa die zu einzelnen Teilen des Bürgerlichen Gesetzbuches erschienenen Grundrisse oder Kurzkommentare ersetzen kann oder will. Seine Verwendung beschränkt sich darauf, als Wegweiser zur Gewinnung eines Überblicks auf das Wesentliche und die prinzipiellen Regelungen zu dienen.

Die Darstellung folgt der bereits im Bürgerlichen Gesetzbuch enthaltenen Einteilung und Paragraphenfolge, sie ist knapp, übersichtlich und verständlich geschrieben. Sie ermöglicht es, schnell den gewünschten Überblick zu gewinnen, wobei der noch nicht mit der Materie Vertraute aber auch gehalten ist, nicht flüchtig zu lesen, sondern das Gelesene genau zu durchdenken. Kleinere Beispiele und Hinweise erleichtern ihm diese Arbeit. Eine weitere Erleichterung stellt eine abschließende zusammengefaßte Wiederholung der Begriffsdefinitionen wesentlicher und wichtiger Rechtsbegriffe aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch dar. Das Sachregister am Schluß des Leitfadens ist umfangreicher, als man es bei einem kurzen Leitfaden vermuten würde.

Oberregierungsrat Dr. Seeger

# Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN“

1959

Samstag, den 5. Dezember 1959

Nr. 49

## Veröffentlichungen

**3636**

**Einziehung eines Wegeteiles in Cölbe**  
Der Weg „Auf der Heide“, Kartenblatt Nr. 13, Parzelle 127 und ein Teilstück des Weges „der Hofacker“, Kartenblatt 9, Parzelle 174/115 sollen als öffentliche Wege eingezogen werden.

Dieses Vorhaben wird hiermit mit dem Hinweis bekannt gemacht, daß Einsprüche dagegen binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschusses bei dem unterzeichneten Bürgermeister geltend zu machen sind.

Die Lagepläne über die genannten Wegeparzellen liegen im Gemeindeamt aus.

Cölbe, 21. 11. 1959

**Der Gemeindevorstand  
als Wegepolizeibehörde**

**3637**

**Umlegungsgebiet Marktstraße in Hanau**

Auf Grund des § 33 Absatz 3 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. Oktober 1948 wird folgendes bekannt gemacht:

Der Termin zur Verhandlung über den Verteilungsplan des Umlegungsgebietes „Marktstraße“ wird auf Freitag, den 8. Januar 1960, um 8 Uhr, im Vermessungs- und Liegenschaftsamt der Stadt Hanau, Kölnische Straße 3/5, Zimmer 12, anberaumt.

Beim Ausbleiben der Beteiligten wird ohne deren Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden.

Hanau (Main), 13. 11. 1959

**Der Magistrat der Stadt Hanau  
als Umlegungsbehörde**

**3638**

**Einziehung von Wege- und Vorflutparzellen (Gräben) in Herbörn**

Es ist beabsichtigt, im Rahmen der Bebauung der Au folgende Wege- und Vorflutparzellen (Gräben) einzuziehen:

Flur 14, Parzellen 193 Weg, 194 Weg, 186 Weg, 189 teilw. Weg, 204 Graben, 205 Mühlgraben, 202 Graben, 203 Graben, 206 Graben, 207 Graben, 208 Graben, 249/187 teilw. Weg;

Flur 15, Parzellen 133 teilw. Weg, 134 teilw. Weg zwischen verl. Hauptstr. u. Walkmühlenweg, 136 teilw. Weg, 137 teilw. Weg, 138 teilw. Weg, 144 Mühlgraben, 145 Mühlgraben.

Ich gebe von diesem Vorhaben Kenntnis mit der Aufforderung, Einsprüche binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei dem Unterzeichneten geltend zu machen.

Lageplan liegt während der Einspruchsfrist auf Zimmer 8 des Rathauses zur Einsichtnahme auf.

Herbörn, 30. 11. 1959

**Der Bürgermeister  
als Wegepolizeibehörde**

## Gerichtsangelegenheiten

**3639**

### Aufgebote

F 8/59: Durch **Ausschlußurteil** vom 19. Nov. 1959 ist der Gläubiger der im Grundbuch von Freudenthal, Bd. 8, Blatt 213, in Abt. III, Nr. 5, für Heinrich Wiegand jun. — gem. Spalte Veränderungen umgeschrieben auf seine Witwe Luzie Wiegand, geb. Cotte zu Hannover, Landwehrstr. 44 — eingetragenen Erbgeldhypothek von 375,— GM mit seinen Rechten aus der Hypothek ausgeschlossen.

**Amtsgericht Borken (Bez. Kassel)**

**3640**

2 F 1/59 — **Kraftloserklärung**: Der Brief über die im Grundbuch von Weidenhausen, Band 20, Blatt 656, Abt. III, Nr. 1, für den Lohgerber Christoph Brill, Eschwege, eingetragene Hypothek ist kraftlos. (Urteil vom 12. 10. 1959).

**Amtsgericht Eschwege**

**3641**

### Ausschlußurteil

4 F 5/59 — Im Namen des Volkes! In der Aufgebotsache betreffend die Kraftloserklärung der Grundschuldbriefe zu den im Grundbuch von Gießen, Band Nr. 30, Blatt 1399, in Abteilung III, unter lfd. Nr. 15 und 16 für die Handels- und Gewerbebank eGmbH in Gießen eingetragenen Grundschulden von 1500,— RM und 2000,— RM hat das Amtsgericht in Gießen durch Assessor Beul für Recht erkannt:

Die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch von Gießen, Band 30, Blatt 1399, in Abteilung III, unter lfd. Nr. 15 und 16 eingetragenen Grundschulden der Handels- und Gewerbebank eGmbH in Gießen über 1500 RM und 2000 RM werden für kraftlos erklärt.

Gießen, 6. 11. 1959

**Amtsgericht**

**3642**

### Ausschlußurteil

3 F 8/59: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Hanau, Blatt 5847, in Abt. III, Nr. 8, eingetragene Grundschuld in Höhe von 4000,— DM nebst 10% Zinsen für die Bezirkssparkasse in Seligenstadt wird für kraftlos erklärt. Die Antragsteller tragen die Kosten des Verfahrens.

Hanau (Main), 11. 11. 1959

**Amtsgericht, Abt. 3**

**3643**

### Ausschlußurteil

54 F 8/59: Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Fasanenhof Bd. 3, Bl. 69, in Abt. III für den Privatmann August Landefeld in Kassel eingetragene Hypothek, lfd. Nr. 10, von 3200,— GM ist kraftlos.

Kassel, 24. 11. 1959

**Amtsgericht, Abt. 54**

**3644**

2 F 6/59: Durch **Ausschlußurteil** vom 10. 11. 1959 ist die im Grundbuch von Münchhausen Band 26, Blatt 1047, als Gläubigerin der Höchstbetragshypothek von 4500,— RM in Abt. III unter Nr. 6 eingetragene Firma Emil Tannhäuser GmbH aus Frankfurt (Main) mit ihren Rechten ausgeschlossen worden.

**Amtsgericht Marburg (Lahn)**

**3645**

2 F 12/58: Durch **Ausschlußurteil** vom 10. 11. 1959 sind die Eigentümer des im Grundbuch von Münchhausen Band 27, Blatt Nr. 1090, auf den Namen des Johannes Belzer, unbekanntem Aufenthalts, und der Frau Elisabeth Holzappel, geb. Belzer, Ehefrau des Jakob Holzappel aus Münchhausen, verzeichneten Grundbesitzes Flur 15, Flurstück 71, Ackerland, am Mäusepfad, in Größe von 7,59 Ar, mit ihren Eigentumsrechten ausgeschlossen worden.

**Amtsgericht Marburg (Lahn)**

**3646**

F 9/59 — **Aufgebot**: Die Ehefrau Elisabeth Kurzrock, verw. Sinning, geb. Weitzel in Schwarzenberg, vertreten durch Rechtsanwälte Dr. Weber und Grede in Melsungen, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Schwarzenberg, Band Nr. 9, Blatt 311, verzeichneten Grundstückes, Gemarkung Schwarzenberg, Flur Nr. 6, Flurstück 99/51 — Ackerland, die langen Länder in Größe von 1,99 Ar beantragt.

Der im Grundbuch eingetragene Eigentümer Schreiner Christian Dittmar, Martin's Sohn in Schwarzenberg (und andere Berechtigte) wird aufgefordert spätestens in dem auf den 19. Februar 1960, um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 5 anberaumten Aufgebots-termin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

**Melsungen, 12. 11. 1959** **Amtsgericht**

**3647**

6 F 4/59 — **Aufgebot**: Die Frau Margarete Spielmann, geb. Bauer, Offenbach/M.-Bieber, Alt-Bieber 20, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Albinger, Offenbach/Main, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Gläubigerin der auf dem Grundbuchblatt des ihr gehörigen Grundstückes Offenbach/M.-Bieber, Band XVII, Blatt 1214, in Abt. III, Nr. 1, bzw. für die Fa. Löb Berberich Söhne in Hanau a. M. eingetragenen, zu 5% verzinslichen Darlehenshypothek von 599,50 GM. (fünfhundertneundneunzig 50/100 Goldmark) gem. § 1170 BGB beantragt.

Die Gläubigerin wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 31. März 1960, um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 26, anberaumten Aufgebots-termin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung mit ihren Rechten erfolgen wird.

**Offenbach (Main), 20. 11. 1959** **Amtsgericht**

**3648**

F 24/59 — **Aufgebot:** Die Ehefrau Anna Herrmann, geb. Vöckel aus Lispernhäusen, Krs. Rotenburg a. d. Fulda, in der Giese 338, vertreten durch Rechtsanwälte Both in Rotenburg a. d. Fulda, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Lispernhäusen, Band 23, Blatt 751, eingetragenen Grundstücks

Flur 5, Flurstück 79, Ackerland, über der Linde = 8,91 Ar beantragt.

Die im Grundbuch je zur Hälfte eingetragenen Eigentümer, nämlich a) die Ehefrau des Georg Knothe, Elisabeth, geb. Ackermann, b) der Christoph Ackermann, beide in Lispernhäusen, oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 2. Februar 1960, um 10 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer Nr. 8, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung erfolgen wird.

Rotenburg (Fulda), 26. 11. 1959

Amtsgericht

**3649**

F 26/59 — **Aufgebot:** Die Eheleute Landwirt Heinrich Volland und Marie, geb. Herwig, in Braach, Krs. Rotenburg a. d. Fulda, vertreten durch Rechtsanwälte Both in Rotenburg a. d. Fulda, haben das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer

a) des im Grundbuch von Braach, Band Nr. 11, Blatt 369, eingetragenen Grundstücks, Flur 3, Flurstück 47, Ackerland auf dem hohen Rain = 3,96 Ar,

b) des im Grundbuch von Braach, Band Nr. 9, Blatt 325, eingetragenen Grundstücks, Flur 3, Flurstück 47, Ackerland auf dem hohen Rain = 17,24 Ar, und

c) des im Grundbuch von Braach, Band Nr. 11, Blatt 374, eingetragenen Grundstücks Flur 3, Flurstück 48, Ackerland auf dem hohen Rain = 15,55 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer, nämlich zu a) die Ehefrau des Müllers George Claus, Elisabeth, geb. Riemenschneider in der Grundmühle bei Braach, zu b) der Müller George Claus, Wilhelm's Sohn, in der Grundmühle zu Braach, zu c) die Geschwister 1. Heinrich Claus, 2. Marie Claus (verehelichte Herwig), 3. Minna Claus (genannt Lina), zu 1.—3. mit je  $\frac{1}{3}$  Eigentumsanteilen eingetragen oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 2. Februar 1960, um 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 8, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung erfolgen wird.

Rotenburg (Fulda), 25. 11. 1959

Amtsgericht

**3650**

91 F 15/59 — **Kraftloserklärung:** Durch Urteil des Amtsgerichts Wiesbaden vom 19. 11. 59 wurden die Grundschuldbriefe über die im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 50, Blatt 755 in Abteilung III, Nr. 3, 4, 5, 6 für Lina und Emilie Gutacker in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragenen Grundschulden von je 5000,— Reichsmark für kraftlos erklärt.

Amtsgericht Wiesbaden

**3651**

92 F 4/59 — **Kraftloserklärung:** Durch Urteil des Amtsgerichts Wiesbaden vom 10. November 1959 wurde der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 262, Blatt 3912, in Abteilung III unter der laufenden Nr. 6 zugunsten a) des Gewerbeoberlehrers Karl Kern in Wiesbaden, b) des Schreinermeisters Julius Kern, daselbst, c) des Schlossers Heinrich Kern, daselbst, d) der Frau Holland-Kunz, geb. Kern, daselbst, eingetragene Darlehenshypothek über 4995,96 DM mit der Maßgabe für kraftlos erklärt, daß die Rechte aus diesem Ausschlußurteil von den Antragstellern nur gemeinsam mit der Ehefrau des Kaufmanns Bernhard Holland-Kunz, Paula, geb. Kern, ausgeübt werden können.

Wiesbaden, 13. 11. 1959

Amtsgericht

**3652**

### Güterrechtsregister

GR 240 Eheleute Hans Karl Ludwig Hofmann, Dipl.-Ing., z. Z. wohnhaft in Darmstadt, Roquettenweg 53 und Anna Elisabeth Hildegard Berta Hofmann geborene Koch, wohnhaft in Lauterbach, Adolf-Spieß-Straße 24.

Gemäß notariellem Vertrag vom 19. August 1959 ist der Ehevertrag vom 1. August 1959 aufgehoben.

Alsfeld, 17. 11. 1959

Amtsgericht

**3653**

GR 720: Die Eheleute Alfred Gruber, Techniker, Bensheim-Auerbach und Hildegard Gruber-Link, geb. Link leben durch Vertrag vom 24. 9. 1959 in Gütertrennung.

Bensheim, 12. 11. 1959

Amtsgericht

**3654**

### Neueintragung

GR Band I Nr. 95 — 26. November 1959: Kaufmann Karl Schneider in Steinfurt, Kreis Lauterbach in Hessen, und Marie Schneider, geb. Rausch in Steinfurt.

Durch Vertrag vor Notar Ferdinand Seitz in Herbstein vom 23. Juli 1959 — Urkunden-Rolle Nr. 263/1959 — ist Gütertrennung vereinbart.

Herbstein, 26. 11. 1959

Amtsgericht Lauterbach  
Zweigstelle Herbstein

**3655**

4 GR 861 — 11. November 1959: Bundesverwaltungsangestellter Hans Scholz und Erika, geb. Fehling, Hanau a. M., Herrnstr. 22/24.

Durch Vertrag vom 8. 10. 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

4 GR 862 — 19. November 1959: Kaufmann Walter Schupp und Doris, geb. Hartmann, Hanau a. M., Sternstr. 33.

Durch Vertrag vom 21. 10. 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Hanau (Main), Abt. 4

**3656**

GR 206 A — 21. 11. 1959: Eheleute Bergmann Christian Schulze und Lina, geb. Saure in Usseln, Sportstraße 4.

Durch notariellen Vertrag vom 24. Juli 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Korbach

**3657**

GR 200 — 17. 11. 1959: Auguste Engelmann, geb. Uecker in Hundstadt Ts. hat in notarieller Urkunde vom 30. 6. 58 (Art. 8 I Nr. 3.4 Gleichber. Ges. v. 18. 6. 57) erklärt, daß sie mit ihrem Ehemann Joseph Engelmann in Frankfurt (Main) in Gütertrennung lebe.

Amtsgericht Usingen (Taunus)

**3658**

### Veränderung

5 GR 349 — 13. Nov. 1959 Eheleute Kaufmann Ernst Rink und Inngard, geb. Pfeiffer, Wetzlar.

Durch notariellen Vertrag vom 11. 9. 1959 ist der Güterstand der Gütertrennung aufgehoben und an seiner Stelle der gesetzliche Güterstand vereinbart.

Amtsgericht Wetzlar

**3659**

### Vereinsregister

VR 200 — In unser Vereinsregister wurde heute unter Nr. 200 eingetragen: Altherrenschaft Corps Alemannia Wismar e. V., Leeheim.

Groß-Gerau, 21. 11. 1959

Amtsgericht

VR 199 — In unser Vereinsregister wurde heute unter Nr. 199 eingetragen: M. G. V. Liederkrantz e. V. Bischofsheim Kreis Groß-Gerau.

Groß-Gerau, 21. 11. 1959

Amtsgericht

**3660**

### Vergleiche — Konkurse

#### Beschluß

N 259: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Kaufmanns Max Jakob in Bad Hersfeld wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Bad Hersfeld, 21. 11. 1959

Amtsgericht

**3661**

6 N 44/57: Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Bioplastik in Roßdorf b. Darmstadt.

#### Beschluß

Die Gläubigerversammlung wird einberufen. Termin wird bestimmt auf Montag, den 21. Dezember 1959, um 10.30 Uhr, Zimmer 510 (Amtsgerichtsgebäude, Darmstadt, Mathildenplatz 12).

Als Tagesordnung wird bestimmt 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. 2. Einwendungen gegen die Schlußrechnung des Verwalters und Festsetzung seiner Vergütung. 3. Beschlußfassung über nicht verwendbare Gegenstände. 4. Befriedigung der Gläubiger der Klasse I und Abschluß des Verfahrens.

Darmstadt, 23. 11. 1959

Amtsgericht — Abt. 6

**3662**

6 N 76/51: Konkursverfahren über den Nachlaß des am 28. 12. 1959 in Darmstadt verstorbenen Carl Albert Konzelmann.

**Beschluß:**

Das Verfahren wird gemäß § 204 KO mangels Masse eingestellt. Die Gebühren bzw. Vergütung werden wie folgt festgesetzt: a) Konkursverwalter... 1508,80 DM b) Gläubigerausschuß... 400,— DM.

Darmstadt, 13. 11. 1959

Amtsgericht — Abt. 6

**3663**

6 N 2/56: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ventura, Apparatebau GmbH in Ober-Ramstadt wird mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Darmstadt, 23. 11. 1959

Amtsgericht

**3664****Beschluß**

81 N 101/59: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Metafa, E. W. Schmidt KG, Schweiß- und Spritztechnik für Metalle und Kunststoffe, Sandstrahlarbeiten, Oberflächenveredelungsarbeiten, Frankfurt (Main)-Sossenheim, Wiesenfeldstraße ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 18. Dezember 1959, um 8.50 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 25. 11. 1959

Amtsgericht, Abteilung 81

**3665****Beschluß**

81 N 132/58: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 27. 5. 1957 in Frankfurt (Main) verstorbenen, zuletzt Frankfurt (Main), Palmstraße 7, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Kurt Bober, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 11. Dezember 1959, um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 21. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**3666**

81 N 14/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Karl Vogel, Frankfurt am Main, Inhaber einer Gardinenfabrik, Frankfurt am Main, Kreuznacher Str. 29, — 81 N 14/57 — soll die Schlußverteilung stattfinden. Der verfügbare Massebestand beträgt 2058,91 DM zuzüglich inzwischen aufgelaufener Zinsen. Abzurechnen sind die Kosten des Verfahrens. Zu berücksichtigen sind Vorrechtsforderungen der Rangklasse I/I bis I/III in Höhe von 24 376,52 DM und nichtbevorrechtigte Forderungen in Höhe von 153 576,67 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts (Amtsgericht Frankfurt am Main) zur Einsicht der Beteiligten aus.

Frankfurt (Main), 27. 11. 1959

Der Konkursverwalter  
Herbert Schminck  
Rechtsanwalt und Notar

**3667**

81 N 143/54: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Walter Maier & Co. GmbH i. L., Groß- und Einzelhandel sowie Vertretung von Maschinen, chem.-techn. und chem.-pharm. Erzeugnissen usw., Vertrieb von Flüssiggas, Frankfurt am Main, Querstraße 5, mit Lager in Rüsselsheim/M., Wilhelm-Leuschner-Straße Nr. 20, soll die Schlußverteilung erfolgen. Hierfür sind 7928,76 DM abzüglich restlicher Gerichtskosten verfügbar.

Zu berücksichtigen sind 15 062,33 DM bevorrechtigte Forderungen gemäß § 61 Ziffer 2 KO und 29 754,19 DM nichtbevorrechtigte Forderungen. Die bevorrechtigten Forderungen gemäß § 61 Ziffer 1 KO sind bezahlt. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichtes Frankfurt am Main — Konkursabteilung — auf.

Frankfurt (Main), 26. 11. 1959

Der Konkursverwalter

Dr. Albin Fritsch

Rechtsanwalt und Notar

**3668****Beschluß**

81 N 143/54: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Walter Maier u. Co. GmbH i. L., Groß und Einzelhandel sowie Vertretung von Maschinen, chemisch-technischen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen usw., Vertrieb von Flüssiggas, Frankfurt (Main), Querstraße 5 mit Lager in Rüsselsheim (Main), Wilhelm-Leuschner-Straße 20, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlußfassung über die Verwendung nicht verwertbarer Gegenstände auf den 8. Januar 1960, um 8.50 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337 anberaumt. Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Die Vergütung auf 3500,— DM, die Auslagen auf 610,61 DM.

Frankfurt (Main), 23. 11. 1959

Amtsgericht, Abteilung 81

**3669****Beschluß**

81 N 40/55: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Vereinigte Textilfabriken Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), Beethovenstraße 35a und Berlin-Charlottenburg, Frankenallee 11, mit Zweigniederlassung in Hannover, Köbelerstraße 1, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 18. Dezember 1959 um 11 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer Nr. 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 26. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**3670****Beschluß**

81 N 421/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Heinrich Lott, Frankfurt (Main), Am Tiergarten 40, mit Wohnung u. Lagerplatz in Frankfurt (Main), Hansenweg 79, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Ein-

wendungen gegen das Schlußverzeichnis zur Anhörung über die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 8. Januar 1960, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337, anberaumt.

Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Die Vergütung auf 7000,— DM; die Auslagen auf 178,75 DM.

Frankfurt (Main), 26. 11. 1959

Amtsgericht, Abteilung 81

**3671****Beschluß**

81 N 170/59: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Erwin Sarfi, Inhabers eines Import- und Vertriebsgeschäfts, Frankfurt (Main), Böhrmerstraße 23, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 18. Dezember 1959, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 24. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**3672**

50 (17) N 7/53: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Walter Gerlach, früher Wellerode (Landkreis Kassel), Bahnhofstraße 9, jetzt Kassel, Wildemannsgasse 15, Inhaber der eingetragenen Firma Otto Schlafke, Inh. Walter Gerlach, Kassel, Wildemannsgasse 15, Spirituosen und Weine, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und nach Ausschüttung der Masse aufgehoben.

Die Vergütung des Gläubigerausschußmitgliedes Dr. Blume ist auf 40,— DM festgesetzt worden, seine Auslagen auf 3,— DM.

Kassel, 13. 11. 1959,

Amtsgericht

**3673**

50 N 24/59: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidermeisters Karl Böttger, Inhaber der nicht eingetragenen Damenmantelfabrik gleichen Namens, Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 53, ist nachträglicher Prüfungstermin auf den 13. Januar 1960, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Block A, Zimmer 96, anberaumt.

Kassel, 27. 11. 1959,

Amtsgericht

**3674**

7 N 5/59 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Frau Irma Endres, geb. Gesänger, Inhaberin des Gewerbebetriebes Endres, Verarbeitung von Kunststoffbaumaterial in Lampertheim, Sandbeune Nr. 24, wurde durch das Landgericht Darmstadt am 13. November 1959, um 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin zahlungsunfähig ist.

Der Rechtsanwalt Fr. Petry in Lampertheim wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 17. Dezember 1959 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über

die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 22. Dezember 1959, um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Bürostädter Straße 1, Zimmer 17 Termin anberaumt.

Alle Personen welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 17. Dezember 1959 Anzeige zu machen.

Lampertheim, 24. 11. 1959 **Amtsgericht**

**3675**

5 N 7/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Susanne Vetter, geb. Steinmeyer, Inhaberin der Fa. Fritz Vetter, Kleiderfabrik, Spremlingen Krs. Offenbach a. M. soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 8982,— DM.

Zu berücksichtigen sind bevorrechtigte Forderungen gemäß § 61 I KO mit einem Gesamtbetrag von 17 965,57 DM. Die Quote für diese Gläubiger beträgt 50%. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts — Konkursgerichts — in Langen/H. unter Aktenzeichen 5 N 7/58 niedergelegt.

Langen (Hessen), 24. 11. 1959

**Der Konkursverwalter**  
Dr. Rosenkranz  
Rechtsanwalt

**3676**

7 N 81/59 — Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ideal. Dekken Vertrieb Hessen GmbH in Mühlheim/Main, Industriestraße, wird gem. § 204 KO eingestellt, da sich ergeben hat, daß eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist.

Offenbach (Main), 24. 11. 1959

**Amtsgericht — Abtl. 7**

**3677**

7 N 74/54 — Konkursverfahren: Das am 15. 12. 1954 eröffnete Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Friedrich König, Inhaber der Fa. „Frikö“ in Offenbach a. M., Große Marktstraße Nr. 58, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Offenbach (Main), 12. 11. 1959

**Amtsgericht, Abt. 7**

**3678**

7 N 78/1959 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Kaufmanns Otto Metzler, Offenbach (M.), Tulpenhofstraße 33, wird heute am Montag, den 30. November 1959, um 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter

Rechtsanwalt Dr. Willi Leonhardt, Offenbach a. M., Tulpenhofstraße 18 -Telefon Nr. 8 16 84-.

Konkursforderungen sind bis zum 31. 12. 1959 unter Angabe des Grundes der Forderungen mit den bis zum Tage der Konkursöffnung ausgerechneten Zinsen in zweifacher Ausfertigung anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung der §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung: Mittwoch, den 6. Januar 1960, um 10 Uhr, Prüfungstermin: Mittwoch, den 20. Januar 1960, um 10 Uhr vor dem Amtsgericht in Offenbach a. M., Kaiserstraße 16, 1. Stock, Zimmer 37. Offener Arrest und Anzeigepflicht bis zum 31. 12. 1959.

Offenbach (Main), 30. 11. 1959

**Amtsgericht, Abt. 7**

**3679**

62 N 1/57: Das Konkursverfahren betr. den Kaufmann Ottomar Nitzsche in Wiesbaden, Rheinstraße 97, früher Inhaber eines Textileinzelhandelsgeschäfts in Gießen, Brandplatz 1, wird mangels Masse eingestellt.

Wiesbaden, 24. 11. 1959

**Amtsgericht**

**3680**

62 N 56/59 — Anschlußkonkurs: Über das Vermögen der Firma Ursus Traktorenwerk Erkelenz & Co., KG in Wiesbaden, Mainzer Straße 180, und des persönlich haftenden Gesellschafters Anton Wilhelm Erkelenz, ebenda, wird heute, am 27. November 1959, um 10.30 Uhr, Anschlußkonkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Dipl.-Volkswirt Dr. Fritze in Wiesbaden, Wilhelminenstr. 22, Anmeldefrist (2 Stück) bis zum 21. Dezember 1959.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 11. Januar 1960, um 10 Uhr, Zimmer 240. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 21. Dezember 1959. Die nochmalige Anmeldung ist erforderlich.

Wiesbaden, 27. 11. 1959

**Amtsgericht**

**3681**

62 N 41/58 — In dem Konkursverfahren betr. die Firma Daniels Cottonmaschinenfabrik (DCM) GmbH in Wiesbaden, Holzstraße 50, ist Termin zur Prüfung weiterer nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf den 17. Dezember 1959, um 10 Uhr, Zimmer 247.

Wiesbaden, 25. 11. 1959

**Amtsgericht**

### Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

**3682**

2 K 2/59: Das im Erbbaugrundbuch von Helsen, Band 11, Blatt 307, eingetragene Erbbaurecht:

Nr. 1, Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Arolsen, Band 2, Artikel 42, in Abteilung I unter Nr. 343 verzeichneten Grundstück Gem. Arolsen, Flur 7, Flurstück 97/21, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 71 = 8,08 Ar in Abteilung II, Nr. 80 für die Dauer von 75 Jahren seit dem 1. April 1936. Als Eigentümerin des belasteten Grundstücks ist die Stadt Arolsen eingetragen. Unter Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung vom 20. Juli / 28. September 1936 bei der Anlegung des Blattes vermerkt am 6. November 1936.

Nr. 2, Erbbaurecht, eingetragen auf den im Grundbuch von Arolsen, Band 2, Blatt Nr. 42, unter Nr. 417 und 458 des Bestandsverzeichnisses verzeichneten Grundstücken a) Gem. Arolsen, Flur 7, Flurstück 108/17 Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 71 = 2,06 Ar; b) Gem. Arolsen, Flur 7, Flurstück 17/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 71 = 0,85 Ar; in Abt. II Nr. 169 zu a) seit dem 1. Januar 1939, zu b) seit dem 1. Juli 1948.

Das Erbbaurecht endet zu demselben Zeitpunkt wie das unter lfd. Nr. 1 vermerkte Erbbaurecht. Als Eigentümerin der belasteten Grundstücke ist die Stadtgemeinde Arolsen eingetragen. Unter Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligungen vom 20. Juli / 28. September 1936, 25. Mai/4. November 1949 in Erweiterung des unter lfd. Nr. 1 verzeichneten Erbbaurechts eingetragen am 3. Januar 1950, soll am 21. Januar 1960, um 15 Uhr im Gerichtsgebäude hier, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Erbbauberechtigter am 4. März 1959, Tag des Versteigerungsvermerkes, Händler Wilhelm Beck zu Arolsen, Bahnhofstraße.

Der Wert des Erbbaurechts wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 84 337,—DM.

Gegen diese Festsetzung können die am Verfahren Beteiligten binnen 2 Wochen nach Zustellung der Bekanntmachung die sofortige Beschwerde erheben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Arolsen, 26. 11. 1959

**Amtsgericht**

**3683****Beschluß**

4 K 13/58: Der Miteigentumsanteil des Andreas Fischer in Bad Schwalbach an dem im Grundbuch von Bad Schwalbach, Band 32, Blatt 934, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Schwalbach, Flur 14, Flurstück 1352/9, Lieg.-B. 1573, Geb.-B. 627, Hof- und Gebäudefläche am Hühberg 15 = 2,69 Ar, soll am 25. Januar 1960, um 8 Uhr, im Gerichtsgebäude, Neustraße 12, Zimmer 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. September 1958, Tag des Versteigerungsvermerks, Andreas Fischer und seine Ehefrau Gisela, geb. Ohner, wohnhaft in Bad Schwalbach, als Miteigentümer zu je  $\frac{1}{2}$ .

Der Wert des Miteigentumsanteils wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6326,80 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Schwalbach, 25. 11. 1959

Amtsgericht

**3684****Beschluß**

8 K 33/58: Die im Grundbuch von Eiershausen, Bezirk Eiershausen, eingetragenen Grundstücke

**a) Band 11, Blatt 506:**

Nr. 1, Flur 15, Flurstück 109, Lieg.-B. Nr. 638 Gartenland (Obstb.) Pflanzenländen auf den Zäun, 10. Gew., 0,28 Ar,

Nr. 2, Flur 15, Flurstück 389, Gebüsch Halster, 3. Gew., 8,83 Ar

Nr. 3, Flur 4, Flurstück 125, Grünland Pitze, 4,06 Ar

Nr. 4, Flur 4, Flurstück 219, Ackerland am Todtenweg 6. Gew., 18,05 Ar,

Nr. 5, Flur 6, Flurstück 50, Grünland Kalteborn, 1. Gew., 7,21 Ar,

Nr. 7, Flur 12, Flurstück 145, Grünland Brückenseifen, 6,36 Ar,

Nr. 8 Flur 15, Flurstück 286, Ackerland vorm Halster, 1. Gew., 8,36 Ar,

Nr. 10, Flur 15, Flurstück 254, Ackerland Nörr. 1 Gew., 10,30 Ar.

**b) Band 12, Blatt 551:**

Nr. 2, Flur 9, Flurstück 70, Lieg.-B.-Nr. 674, Grünland Schwarzbach, 2. Gew., 5,59 Ar.

Nr. 3, Flur 11, Flurstück 184, Geb.-B.-Nr. 19, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße Nr. 19, 1,30 Ar,

Nr. 5, Flur 11, Flurstück 166, Hof- und Gebäudefläche Müllerhof, 0,54 Ar.

Nr. 6, Flur 7, Flurstück 11, Grünland obere Kalteborn 2. Gew. 7,19 Ar,

Nr. 7, Flur 6, Flurstück 21, Gartenland Steinhardt, 2. Gew. 2,00 Ar, Ackerland Steinhardt, 2. Gew., 5,28 Ar,

soll am 1. Februar 1960, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wilhelmstraße, Zimmer Nr. 18 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. Januar 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, Handelsvertreter Heinrich Hermann Nikkel in Eiershausen. Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für alle zu versteigernden Grundstücke auf insgesamt 7620,— DM. Gebote

auf landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Fläche von insgesamt über 25 Ar bedürfen einer Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes in Herbom. Die Genehmigung muß bei Abgabe von Geboten vorgelegt werden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 10. 11. 1959

Amtsgericht

**3685**

84 K 92/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Innenstadt, Band 133, Blatt 6172, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 67, Flurstück 10, Hof- und Gebäudefläche Fischerfeldstraße 6 = 3,00 Ar groß am 10. Februar 1960, um 9 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 9. 1959, Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks, Metzger und Gastwirt Heinrich Breu in Frankfurt (Main). Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 210 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 20. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

**3686**

84 K 93/59: Das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Innenstadt, Band 101, Blatt 4910, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 67, Flurstück 9, Hof- und Gebäudefläche Schützenstraße 10/Ecke Fischerfeldstraße, Größe: 3,86 Ar, soll am 10. Februar 1960, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 9. 1959, Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks, a) Metzger und Koch Hein-Breu in Frankfurt (Main), b) dessen Ehefrau Maria Breu, gesch. Weber, geb. Dingges, in Frankfurt (Main) je zur ideellen Hälfte. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 240 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 20. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

**3687**

84 K 79/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main)-Höchst, Bezirk Hattersheim, Band 42, Blatt 1091, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hattersheim, Flur Nr. 7, Flurstück 5/13, Hof- und Gebäudefläche Mainstraße 3, Größe: 7,99 Ar, am 26. Januar 1960, um 13 Uhr, im Gerichtsgebäude Ffm.-Höchst, Zuckschwerdtstraße Nr. 58, Zimmer 23, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 8. 1959, Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks, a) Modellbauer Franz Bodenschatz, b) dessen Ehefrau Elfriede Bodenschatz, geb. Weber, beide in Hattersheim (Main) je zur ideellen Hälfte. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 45 278,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 23. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

**3688****Beschluß**

K 29/59 — Die Hälften der — im Grundbuch von Ober-Rosbach, Band 4, Blatt 239, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Ober-Rosbach,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 603, Ackerland, im Gärtin links = 4,68 Ar;

lfd. Nr. 3, Flur 2, Flurstück 604, Ackerland, daselbst = 2,82 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 2, Flurstück 602, Ackerland, daselbst = 3,30 Ar, sollen am Mittwoch, 27. Jan. 1960, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Kaiserstraße Nr. 96, Zimmer Nr. 25, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Sept. 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, Schlosser Karl Hofmann, Ober-Rosbach v. d. H.

Der Wert der Grundstückshälften wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1215,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Friedberg (Hess.) 25. 11. 1959

Amtsgericht

**3689**

4 K 18/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Hanau Band 119, Blatt 5278 eingetragene Grundstück Gemarkung Hanau,

lfd. Nr. 1, Flur 0, Flurstück 189, Hof- u. Gebäudefläche Gärtnerstr. 79 = 1,45 Ar, am 8. Februar 1960, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 23. 7. 1959 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümer war damals der Kanalbauer Adam Körner in Hanau a. M. eingetragen. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 30 000,— Deutsche Mark festgesetzt. Bieter haben auf Antrag eines Beteiligten in Höhe von 10% des Bargebots Sicherheit zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hanau (Main), 20. 11. 1959

Amtsgericht — Abt. 4

**3690****Beschluß**

2 K 11/58: Die im Grundbuch von Hochheim/Main, Bezirk Hochheim, Band 29, Blatt 1129, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 6, Gem. Hochheim, Flur 42, Flurst. 57/1, Lieg.-B. 1540, Geb.-B. 768, Hof- und Gebäudefläche, Weiherstr. 34 = 1,57 Ar, lfd. Nr. 8, Gem. Hochheim, Flur 42, Flurst. 57/4, Lieg.-B. 1540, Geb.-B.

768, desgl. daselbst = 0,05 Ar, sollen am 22. Januar 1960, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim/Main, Kirchstr. 21, Zimmer Nr. 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. Februar 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, Witwe Theodore Übelacker, geb. Luckenbach in Hochheim/Main.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 21 500,— Deutsche Mark. Bietinteressenten werden darauf hingewiesen, daß auf Verlangen 1/10 des jeweiligen Bargebots als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hochheim (Main), 10. 11. 1959 **Amtsgericht**

**3691**

K 9/59: Das im Grundbuch von Niedernhausen, Band 9, Blatt 311, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 4, Gemarkung Niedernhausen, Flur 11, Flurstück 56/1, Hof- und Gebäudefläche Bahnhofstr. 25 = 6,93 Ar, und die im Grundbuch von Königshofen, Band Nr. 1, Blatt 32, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 15, Gemarkung Königshofen, Flur 20, Flurstück 86, Ackerland, im Pfuhl = 8,97 Ar,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Königshofen, Flur 20, Flurstück 103, Wiese, Am Kutschweg = 7,74 Ar sollen am 15. Januar 1960, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein/Ts. Gerichtsstr. 1, Zimmer Nr. 8 zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 9. 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, waren a) hinsichtlich Blatt 311 von Niedernhausen: Eheleute Schlosser Friedrich Dörr und Marie Katharina, geb. Barthmann in Niedernhausen je zur Hälfte b) hin-

sichtlich Blatt 32, von Königshofen: Schlosser Friedrich Dörr in Niedernhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Idstein (Taunus), 21. 11. 1959

**Amtsgericht**

**3692**

7 K 56/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Offenbach/Main, Band 196, Blatt 5748

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach/Main Flur I Nr. 344/2, LB. 4379 Hof- und Gebäudefläche Bismarckstraße 167 = 3,11 Ar, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (6. Okt. 1959) auf den Namen der a) Baumeister Josef Schramm in Offenbach/Main zu 1/2, b) dessen Ehefrau Anna Schramm, geb. Kremer daselbst zu 1/2 eingetragene Grundstück, hinsichtlich der dem Josef Schramm zustehenden Grundstückshälfte, durch das unterzeichnete Gericht am Freitag, den 22. Januar 1960, um 9 Uhr, Kaiserstraße 16, 1. Stock, Zimmer 34, versteigert werden.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 7500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach (Main), 16. 11. 1959

**Amtsgericht, Abt. 7**

**3693**

7 K 29/57: Das im Grundbuch von Lohra, Bezirk Marburg (Lahn), Band 36, Blatt 986, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Lohra, Flur 8, Flurstück 158, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 26 = 0,50 Ar, soll am 19. Januar 1960, um 15 Uhr im Gerichtsgebäude Marburg (Lahn) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Oktober 1957, Tag des Versteigerungsvermerks, Kaufmann Alfred Popper in Rollshausen, Kreis Marburg (Lahn).

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a ZVG auf 23 400,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Marburg (Lahn), 13. 11. 1959 **Amtsgericht**

**3694**

51 K 42 59: Die im Grundbuch von Wahlershausen, Band 21, Blatt 505, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Wahlershausen.

lfd. Nr. 1, Flur 26, Flurstück 164 35, Lieg.-B. 370 Geb.-B. 306, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Naumann-Straße 9, Größe 5,94 Ar, lfd. Nr. 2, Flur 26, Flurstück 393 34, Lieg.-B. 370, Hofraum, Friedrich-Naumann-Straße, Größe 3,42 Ar, lfd. Nr. 3, Flur 26, Flurstück 558 35, Lieg.-B. 370/4, Hofraum, Friedrich-Naumann-Straße, Größe 0,09 Ar, sollen am 20. Januar 1960, um 8,30 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Mai 1959, Tag des Versteigerungsvermerks a) Betriebsleiter Heinrich Engelbach, Kassel. — zur Hälfte — b) die Erben der Maria Engelbach, geb. Lücke aa) Betriebsleiter Heinrich Engelbach, Kassel, bb) Angestellter Heinrich Engelbach, Halver, cc) Amtsgerichtsrat Dr. Hans Engelbach, Kassel — zur anderen Hälfte in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 23. 11. 1959

**Amtsgericht**

## SONDERDRUCKE

mit den im Staats-Anzeiger veröffentlichten Erlassen sind wie folgt erschienen

### Sonderdruck 33/59

mit dem Erlaß:

#### Richtlinien über Lagerbehälter aus Stahl für flüssige Brennstoffe (Öltankrichtlinien)

Stückpreis DM —,40, bei Postversand DM —,50

\*

### Sonderdruck 41/59

mit den Erlassen:

#### Richtlinien für die rechtliche Behandlung von Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen der Bundesstraßen

#### Hinweise für die Kennzeichnung und Verkehrsregelung an Arbeits- und Schadenstellen an Bundesfernstraßen und Landstraßen I. und II. Ordnung

Stückpreis DM —,50, bei Postversand DM —,60

\*

### Sonderdruck 43 A/59

mit dem Erlaß:

#### Richtlinien für Öfen (Einzelheizung) mit Verdampfungsbrennern und für die Lagerung des zugehörigen Heizöls (Ölofenrichtlinien)

Stückpreis DM —,30, bei Postversand DM —,40

\*

### Sonderdruck 43 B/59

mit dem Erlaß:

#### Neufassung der Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Hessischen Beihilfenverordnung

Stückpreis DM —,50, bei Postversand DM —,60

\*

Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung (auch Briefmarken) an Staats-Anzeiger Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Schließfach 109 oder auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt (Main) Nr. 1173 37, Verlag Kultur und Wissen GmbH, Ffm., Münchener Straße 54 (auf dem Abschnitt Bestellung genau bezeichnen). Lieferung auf Rechnung nur bei Bezug von 5 und mehr Stücken. Kein Nachnahmeversand.

**3695**

**Andere Behörden und Körperschaften**

**AUFFORDERUNG:** Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Irene Krauth, Dmst.-Eberstadt, Sp.-B. Nr. 109 206; 2. Dr. Karl Holzschuh, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 331 248; 3. Ernst Geyer, Nieder-Ramstadt, Sp.-B. Nr. 1 Mi 115; 4. Luise Mober, Roßdorf, Sp.-B. Nr. 1 900 662.

Ferner haben folgende Personen die Kraftloserklärung der nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher beantragt: 1. Margarete Kumm, Frankfurt/M., Sp.-B. Nr. 105 386, Marie Kämer, Goddelau; 2. Elni Steinmann, Offenbach/M., Sp.-B. Nr. 105 930, Ehel. Heinrich Steinmann, Offenbach/M.; 3. Dr. G. Ziegler, Darmstadt, Sp.-B. Nr. 191 776, Auguste May, Dmst.-Eberstadt; 4. Adam Reuling, Aschaffenburg, Sp.-B. Nr. 240 455, Adam Reuling, Darmstadt; 5. Carl Schneider, Rohrbach, Sp.-B. Nr. 802 150, Ehel. Karl Schneider, Rohrbach.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Darmstadt, 23. 11. 1959

**STADT- UND KREISSPARKASSE DARMSTADT**  
Der Vorstand

**Preis von Einzelstücken des Staats-Anzeiger**

bei einem Umfang  
bis 32 Seiten DM —,50  
bis 40 Seiten DM —,60  
über 40 Seiten DM —,70  
zuzüglich DM —,10 bei Postversand.

Der Umfang ist aus dem Impressum jeder Ausgabe ersichtlich. Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung (auch Briefmarken) an **Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Schließfach 109** oder auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt (Main), Nr. 1173 37, **Verlag Kultur und Wissen GmbH, Ffm., Münchener Straße 54** (auf dem Abschnitt Bestellung genau bezeichnen). Lieferung auf Rechnung nur bei Bezug von 5 und mehr Stücken. Kein Nachnahmeversand.

**Anzeigen - Annahmeschluß**

**des Staats-Anzeiger**

für die Ausgabe Nr. 52 — Erscheinungsdatum 26. 12. 1959  
**am 18. 12. 1959 um 14 Uhr**

und für die Ausgabe Nr. 1 — Erscheinungsdatum 2. 1. 1960  
**am 23. 12. 1959 um 14 Uhr**

**STAATS-ANZEIGER · WIESBADEN**

Postschließfach 109 · Eilsendungen: Herrnmühlgasse 11 A

(Die telefonische Aufnahme von Veröffentlichungstexten kann — wegen möglicher Hörfehler — nicht erfolgen.)

**3696**

**AUFFORDERUNG:** Die Nachgenannten haben die Kraftlosenklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt. 1. Ehefrau des Heinrich Brühl, Elisabeth geb. Mankel, in Eifa 28, Sparkassenbuch Nr. 1880, 2. Heinrich Schmitt, Hatzfeld, Sparkassenbuch Nr. 4150, 3. Gisela Grumppmann, Reddighausen, Sparkassenbuch Nr. 9949. Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Battenberg (Eder), 9. 10. 1959

**Zweckverband-Sparkasse zu Battenberg (Eder)**  
Der Vorstand

**REKLAMATIONEN**

bei Ausbleiben oder unpünktlicher Zustellung des Staats-Anzeiger immer an die Postanstalt richten, von der die Zustellung erfolgt

**Bitte bis 30. 12. 1959 schriftlich bestellen!**

**Einbanddecken zum Staats-Anzeiger - Jahrgang 1959**

Stückpreis 3,60 DM zuzüglich Versandkosten

*Auch Einbanddecken für zurückliegende Jahrgänge des Staats-Anzeiger können zum Stückpreis von 3,80 DM und Versandkosten geliefert werden, wenn Bestellung (schriftlich) bis 30. 12. 1959 erfolgt. (Die Einbanddecken für zurückliegende Jahrgänge werden ohne Jahreszahl geliefert, die beim Binden nachgeprägt werden kann.)*

**Versand ab Mitte Januar 1960.** (Sofern Bestellungen bereits vorliegen, bitten wir von Wiederholungen und Erinnerungen abzusehen, um Doppellieferungen zu vermeiden).

**Staats-Anzeiger für das Land Hessen, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, Postschließfach 109**

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt. Verlag: Verlag Kultur u. Wissen, GmbH., Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 u. 33 11 96. Postscheckkonto: Frankfurt/Main Nr. 1173 37. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden (Ruf 2 58 61). Postfach 109 (Eilsendungen: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A). Anzeigenschluß: jeden Dienstag um 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 2 vom 1. 4. 1956. Auflage: 9800. Umfang: 24 Seiten.

**3697**

**WIESBADEN:** Die Bauarbeiten für den Ausbau der Bundesstraße 42 im Bereich der Umgehungsstraße Hattenheim/Rheingau sollen vergeben werden.

Es sind u. a. auszuführen:

- ca. 7000 cbm Dammschüttmassen, ca. 7000 cbm Frostschutz,
- ca. 16 000 qm Zementvermörtung und Bitumentragschicht,
- ca. 6500 qm Asphaltbetondecke dreischichtig, 9000 qm Asphaltbetondecke zweischichtig u. a. m.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden in

Wiesbaden, Humboldtstraße 11, bis spätestens 8. 12. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder als portopflichtige Dienstsache übersandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 5,- DM ist beizufügen. Die Einzahlung erfolgt auf Postscheckkonto Ffm. 6830 für die Staatskasse Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Umgehungsstraße Hattenheim“.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht und Quittung am 10. 12. 1959 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Technische Abteilung, Scheffelstraße 9 — Zimmer 18 — ausgegeben.

Eröffnungstermin: 29. 12. 1959 um 10.00 Uhr im Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Technische Abteilung, Scheffelstr. 9, Zimmer 18.  
Hessisches Straßenbauamt Wiesbaden

## Lieferanten für Hessische Staats- und Kommunalbauten

**RH RIETSCHEL & HENNEBERG**

HEIZUNG · LÜFTUNG · KLIMA  
WIESBADEN

Auf allen Straßen

**MORAVIA-Verkehrssicherheitsgerät**

wertvoll noch nach vielen Jahren

**MORAVIA Frankfurt (Main) 1, Fahrg. 8**

Telefon 21302 - (Ortskennzahl 0611)



**H. Ludendorff u. Co.**

Sanitär-Großhandel

**Darmstadt**

Bismarckstraße 19 Tel. 7 56 61



- Baukeramik
- Spalt-Wandplatten
- Spalt-Bodenplatten
- Spaltplättchen unglasiert und glasiert

Wilh. Gall'sche Tonwerke KG. a. A. Gießen/Lahn



**EDUARD LOOSE**

Großhandlung in sanitären Einrichtungsgegenständen - Röhren aller Art - Fittings-Armaturen  
Installationsmaterial und Kanalarartikel

**Gießen**

Nordanlage 24 Telefon 2639



Isolierung: Kälte, Wärme, Schall  
Maschinelle Blauaustrocknung

**K. ZITZELBERGER**

FRANKFURT/MAIN-SÜD

Grethenweg 92 · Ruf 61703



ING. KARL ADAMOVSKY

WIESBADEN

MAINZER STRASSE 125 RUF 7 45 30

- ÖLFEUERUNGEN
- HEIZUNG
- LÜFTUNG
- ROHRLEITUNGSBAU
- SANITÄRE ANLAGEN

*Fragen Sie uns bei Beleuchtung von Straßen*



Verwaltungsgebäuden  
Schulen  
Sportstätten  
Gebäudeanstrahlung

G. Schanzenbach & Co. GmbH. - Frankfurt/Main W 13

### Schutzanstriche und Abdichtungen

an Trinkwasseranlagen, Schwimmbädern, Klärbecken etc.  
mit Garantieleistung

**FRITZ WIEDEMANN oHG, Wiesbaden, Hasengartenstr. 9**

Postfach 200 · Telefon 7 44 71

PLANUNGS- UND BERATUNGSBÜRO

für **Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und sanitäre Anlagen**

**Obering. K. WAGNER, VDI**

Wiesbaden, Raenthaler Straße 14, Tel. 4 24 16

### Ingenieur Franz Rose

Bergen-Enkheim

Fachunternehmen für Wärme-, Luft- u. Wasseranlagen,  
Fernheizwerke, Rohrleitungen, Apparatebau

Ruf „Bergen-Enkheim“ 515 v. Ffm. u. Offb. 71 45 15

### Spezialbohrungen für jeden Baugrund

Karl Junge früher Paul Junge

Spezialunternehmen für neuzeitliche Bohrungen und Bodenuntersuchungen

Frankfurt am Main · Kettenhofweg 61 · Ruf 72 31 38

Deutsche *Wansin* Wärmetechnik GmbH

HEIZUNG — LÜFTUNG — TROCKNUNG

Wiesbaden - Mainzer Straße 110 - Tel. 7 44 41

### Joh. Kessler Wwe. - Aug. May

Sand — Kies — Baggerbetriebe  
Transportunternehmen

FRANKFURT/Main

Obermainstraße 14/28

Ruf: 4 58 87

Arnsburger Straße 58/62

Ruf: 4 52 74

**3698**

**GIESSEN:** In öffentlicher Ausschreibung unter ausdrücklicher Beschränkung auf anerkannte Fachfirmen im Spannbetonbrückenbau sollen folgende Arbeiten vergeben werden:

Neubau einer Brücke zur Überführung des Kasernenanschlussgleises und eines Feldweges für die Umgehungsstraße Kirch-Göns im Zuge der B 3 bei Bau-km 2 + 910,17.

An Massen fallen in der Hauptsache an:  
 ca. 6000 cbm Erdbewegung  
 ca. 500 cbm Stahlbeton  
 ca. 65 cbm Spannbeton.

Das Bauwerk hat eine Stützweite von ca. 18,9 m und zwei getrennte Überbauten. Der Gleisüberbau ist in Spannbeton vorgesehen und für den Lastenzug L zu bemessen. Der Überbau für den Feldweg ist als schlaff bewehrtes Bauwerk vorgesehen und für Brückenklasse 12 (DIN 1072) zu bemessen.

Die Baustelle liegt im Landkreis Friedberg.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 22. Dezember 1959.

Die Verdingungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei der Anforderung der Unterlagen durch Referenzen nachweisen, daß sie in der letzten Zeit gleiche oder größere Spannbetonbrücken mit Erfolg ausgeführt haben. Bewerber, welche die Verdingungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Straßenneubauamt Hessen-Mitte, Gießen, Ostanlage 47, Behördenhochhaus, spätestens bis zum 10. Dezember 1959 mitzuteilen. Hierbei ist anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post zugesandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,- DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen sind vorzunehmen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Ffm. Nr. 39312. Für Selbstabholer werden die Verdingungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung und einer Vollmacht bis zum 11. Dezember 1959 in der Zeit von 8.00-12.00 Uhr im Straßenneubauamt Hessen-Mitte, 6. Geschöß, Zimmer 607, abgegeben.

Straßenneubauamt Hessen-Mitte, Gießen

## Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

### Dienstleistungen unserer Betriebe:

Wir reinigen für Behörden, Banken, Versicherungen und Industrieverwaltungen



TEPPICHE, POLSTERMÖBEL, FESTE FUSSBODENBELÄGE, GARDINEN, DEKOSTOFFE, KLEIDER, MÄNTEL, ANZÜGE usw. Ia REFERENZEN

Frankfurter Teppich-, Polstermöbel- u. Kleiderreinigungs-OHG. Frankfurt am Main, Obermainstraße 14 - 26 Telefon 4932 44 u. 3361 26

## ELCO-ÖLBRENNER

Für alle Verwendungszwecke seit über 30 Jahren in vollautomatischer Ausführung

### ELCO-ÖLBRENNERWERK

Sargans/Schweiz · Ravensburg/Württemberg

### Niederlassungen in Hessen:

Frankfurt/M. · Felnerstr. 5 · Fernruf 551435, 551116  
 Dillenburg · Industriestraße · Fernruf 544  
 Kassel · Teichstraße 35 · Fernruf 2232

Weitere Kundendienstbüros im gesamten Bundesgebiet

## SUPRALICHT GMBH

Fachgroßhandel für  
 Straßen-, Industrie- und  
 Schaufenster-Beleuchtung **DARMSTADT**

Telefon 70998

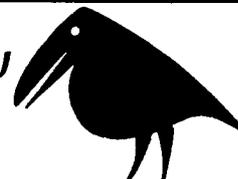
### BUCHHANDLUNG

## K. H. v. RABENAU

Bau-Fachbücher

FRANKFURT/MAIN

Hochstraße 50 · Fernruf 259 92



### Jedes Zubehör für Bad und Küche ●

Armaturen, Rohre, Fittings für die Gas- und Wasserinstallation ●

Kunststoff-Abflußrohre ●

Öfen und Herde ●

Sonderanfertigungen v. Armaturen

liefert

## HEINZ MARTI

Sanitäre Großhandlung  
 Wiesbaden, Bleichstr. 14 - 16  
 Telefon 29016

## PhotoRahn

FRANKFURT/MAIN

Kaiserstraße 55

Das große Haus für PHOTO · KINO · FERNGLÄSER

Lieferant für Behörden und Industrie

Fordern Sie unseren ausführlichen Katalog an

## Gebr. Schinkel OHG.

**ELEKTROBAU** HOCH- UND NIEDERSpannungsanlagen-Fabrikation

**WIESBADEN** Moderner Leuchten · Einzelhandel in Radio- und Elektrogeräten

Wiesbaden-Erbenheim, Mainzer Straße 1 · Fernruf 743 24

## FESDA

FRED ESSINGER

Rundfunk-  
 Fernseh- Großhandel  
 Elektro-

**DARMSTADT**

Bleichstr. 51 · Tel. 77298

### WERKZEUGE · MASCHINEN · HAUSGERÄTE

## EISEN-RICHTER

Darmstadt Rheinstraße 29-33 Ruf 7 54 11

## August Reutzel KG.

Elektro-Radio-Fernseh-Großhandlung

FRANKFURT/MAIN - Mainzer Landstraße 110

Ruf 335837 und 332537

## Gebäudereinigung Günter Schmidt

Wiesbaden · Gießen · Wetzlar · Marburg · Fritzlar

Hauptbüro Wiesbaden, Postfach 1091

Telefon:

Wiesbaden 28319, 21848 od. 24917

Gießen 4016

**3699**

**FRANKFURT (MAIN):** Die Erneuerungsarbeiten der Fahrbahndecke im Bereich der Sm Idstein (Ts.) von km 126,3 bis km 128,3 auf der Ostseite der BAB-Strecke Köln—Frankfurt (M.) sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Es sind zu leisten:

Aufbruch und Zerkleinerung desselben im Steinbrecher zur Wiederverwendung als Frostschutz von:

- 15 000 m<sup>2</sup> Betondecke, 22 cm dick, 7,50 m breit,
- 3 000 m<sup>2</sup> Leitstreifen, 20 cm dick, beiderseits,
- 15 900 m<sup>2</sup> Kofferbettaushub,
- 14 200 m<sup>2</sup> Frostschutzeinbau (Lieferung 5000 m<sup>3</sup>) mit Ausführung der erforderlichen Entwässerungsarbeiten.

Herstellung von:

- 15 000 m<sup>2</sup> Schwarzdecke, 3,5 cm Gußasphalt, 8,5 cm Binder, 18 cm Bitumen-Kiestragschicht,
- 3 000 m<sup>2</sup> Leitstreifen, 30 cm dick, 75 cm breit.

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: Mitte März 1960.

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Mühlener Straße 4—6, bis spätestens 11. Dez. 1959 schriftlich mitzutellen, ob sie die Unterlagen abholen oder ob diese durch die Post zugesandt werden sollen. Der Beleg für die Einzahlung von 30,— DM für zwei Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postcheckkonto Ffm. 6821 ist beizufügen. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 15. Dezember 1959 in der Zeit von 9.00 bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Zimmer 533, ausgegeben.

Eröffnungstermin: 22. Januar 1960, um 10.00 Uhr. Für die Auftragserteilung kommen nur Firmen mit entsprechender fachlicher Bewährung, Leistungsfähigkeit und solche, die über die Fertiger neuester Bauart verfügen, in Frage. Autobahnamt Frankfurt (Main)

## Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Regis - Organisation  
**Anton Pauli KG**  
Frankfurt am Main 1  
Bockenheimer Landstraße 142  
Ruf 77 3029

**liefert speziell für Behörden:**

- Sichtregistraturen
- Hängeregistraturen
- Lochlose Ablagen

(Betriebsfertige Ablieferungen  
inschl. Aktenpläne)  
sowie Karteien und Organisationsstafeln

**DEXION** 

Zuschneiden und zusammenschrauben. Das ist alles. Mit DEXION gelochten Profilen, einem Stabilbaukasten in Großformat — lösen Sie Einrichtungsprobleme aller Art. Schnell, billig und mit ungeratenen Arbeitskräften. Es lohnt sich bestimmt, von uns nähere Einzelheiten anzufordern. Schreiben Sie an

**DEXION Metallbau GmbH, Frankfurt a. M.**  
Kirchnerstraße 4, Tel. 22033 u. 21732

**JUSTIZBEHÖRDEN  
VERWALTUNGEN**  
beziehen

**Schnell- und  
Hängehefter**  
nach Vorschrift, in  
Sonderanfertigung

von der

**SURANO**  
Bürobedarf GmbH  
Büchler, Kerner, Mader und Sohn, Heilbronn  
Frankfurt a. M.  
Gutleutstraße 701 Ruf 331266

 Planung u.  
Einrichtung  
neuzeitlicher  
Büro-Organisationen  
Büro-Maschinen  
u. -Einrichtungen

**LUTZ**  
Darmstadt - Rheinstraße 22  
Ruf 7 34 09 und 7 34 34

 **FOTOKOPIER- UND  
LICHTPAUSGERÄTE**

BEGRIFF FÜR RATIONELLE BÜROARBEIT  
DOKUPHOT-Apparatebau Wiesbaden, Mainzer Straße 38a

50 Jahre  Wiesbaden  
Bahnhofstr. 12  
Ruf 5 96 37

FOTO • KINO • REPRO • RÖNTGEN • PROJEKTION  
Lieferant für Ministerien und Behörden



Dieses Zeichen ist Sinnbild  
für Qualität und Leistung eines  
führenden Spezialunternehmens  
der Fernmeldetechnik

**KLISCHEES**

Gebr. Klingspor  
Offenbach / M.  
Ludwigstr. 136-142

**JACOB HOLLER RAUMGESTALTUNG**

Verlegen von: PVC  u. Linoleum

sowie Ausführung aller Tapezier- u. Polsterarbeiten-, Verdunklungs- u. Sonnenschutzanlagen  
Frankfurt/Main, Zeisselstraße 17 - Fernsprecher 55 52 40

Für Großabnehmer zu Sonderpreisen  
**Fußmatten - Maßmatten - Bodenpflegemittel**  
im alten Fachgeschäft  
**BÜRSTEN-DROSSNER**  
Frankfurt/Main, Stiftstraße 9-17 - Ruf 233 13

 Leichtmetall-Leitern

**Klasen**  
Mainzer Landstraße 120  
Ruf 333014

Frankfurt (Main)

**Büromöbel, Büromaschinen, Birkenstock-Bürobedarf** WIESBADEN, Meritzstraße 36  
Ruf: 2 32 36 und 2 08 70